

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Deutschland 10,- M. im voraus zahlbar. Für Postzusatz nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland und Österreich 18,- M., für das übrige Ausland 24,50 M. zuzüglich Post- und Verschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 26,- Mark. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E2, Breite Straße 8-9.

Die wichtigsten Kompartimente, oder deren Raum kostet 4,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das jeztgebrachte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Vaulende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 2,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: das jeztgebrachte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Deutsch-amerikanischer Friede

### Sofortiger Friedensschluß

Wid. Tel. Washington, 12. April. (Funkspruch.)

Hardings Botschaft an den Kongreß empfiehlt die sofortige Annahme einer Resolution, durch die der Friedenszustand mit Deutschland als wiederhergestellt erklärt werden soll.

### Die sozialistische Wiedergutmachung vor dem Reichstag

Die Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie hat folgende Interpellation eingebracht: Welche Maßnahmen gedenkt die Regierung zu ergreifen zur Begleichung der zwischen den Entente-Regierungen und der Reichsregierung wegen der Reparationsforderungen entstandenen Differenzen, deren Fortbestehen zur Geltendmachung neuer „Sanktionen“ ausgenutzt wird? In die Regierung insbesondere bereit, sich die Wiedergutmachungspläne zu eigen zu machen, die am 4. April in Amsterdam von den Delegierten folgender drei der Internationalen Sozialistischen Arbeitergemeinschaft angehängter Parteien, der Sozialistischen Partei Frankreichs (französische Sektion der Arbeiter-Internationale), der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands entworfen wurden, wie auch der Internationale Gewerkschaftsbund ein das gleiche Ziel verfolgendes Ausgleichsprogramm verfaßt hat?

### Der Kampf des Arbeiterdreibundes

Die Entscheidung über den weiteren Verlauf des Riesenkampfes der englischen Arbeiterschaft steht unmittelbar bevor, ja sie ist, wenn diese Zeilen zu den Augen der Leser kommen, vielleicht schon gefallen. Der Führer der Eisenbahner, Thomas, der in den ersten Tagen der Krise nicht in England anwesend war, hat sofort nach seiner Rückkehr seinen ganzen auf seiner hervorragenden Stellung in der Arbeiterbewegung beruhenden großen Einfluß angeboten, um auf der einen Seite eine klare Stellungnahme des Dreibundes herbeizuführen, zugleich aber neuen Verhandlungen den Boden zu ebnen. Um Spielraum für diese Verhandlungen zu gewinnen, lautete der Beschluß des Dreibundes zwar auf Streik, aber der Beginn der Arbeitsniederlegung wurde verschoben auf die Nacht von gestern zu heute.

Die Verhandlungen kamen zustande und die Bergarbeiter zeigten von neuem ein großes Entgegenkommen durch die Wiederaufnahme der Pumparbeiten, obwohl diese scharfe Kampfmaßnahme angesichts des brutalen, die Arbeiter zum Kampfe zwingenden Vorgehens der Unternehmer durchaus begreiflich war. Die Regierung aber setzte ihre provozierenden Rüstungen fort, in denen die Arbeiter eine Vorbereitung zum bewaffneten Kampf der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse erblickten. Die „Entspannung“ der Lage, mit der in den letzten Tagen gerechnet wurde, ist anscheinend nicht eingetreten. Die Londoner Blätter geben der Ansicht Ausdruck, daß die Aussichten auf eine Beilegung des Kohlenstreiks hoffnungsvoll seien. Sie sehen allerdings die Tatsache, daß die Verhandlungen bisher nicht abgebrochen worden sind, immer noch als ein gutes Zeichen an.

Wie zugespitzt die Lage noch immer ist oder sich gerade im letzten Augenblick wieder gestaltet hat, zeigt eine sehr energische Kundgebung des Arbeiterdreibundes, in dem es heißt: Wenn den Bergarbeitern nicht ein Angebot gemacht wird, dessen Annahme ihre Verbündeten im Arbeiterdreibund ihnen anempfehlen können, wird die Einstellung der Arbeit der Eisenbahner- und Transportarbeiter beginnen. Die Verantwortung der Regierung für die augenblickliche Lage sei sogar größer als die der Bergwerksbesitzer. Der Premierminister habe die organisierte Arbeiterschaft angeklagt, daß sie das Leben der Nation bedrohe. Wenn das Leben der Nation bedroht sei, so sei es das nicht durch die Arbeiterschaft, sondern durch Lloyd George und durch die Regierung, deren Haupt er sei. Die Arbeiterschaft werde zu der Auffassung gebracht, daß die augenblickliche Regierung kein unparteilicher Schiedsrichter in industriellen Verhandlungen sei, sondern ein aktiver und geheimer Parteigänger und daß sie, während sie vom Frieden rede, durch ihr Verhalten zum Krieg ermutige. Außer der Einberufung der Referenden habe die Regierung noch eine freiwillige Streikkraft gebildet als Werkzeug, das gegen die organisierte Arbeiterschaft angewandt werden solle. Dadurch habe sie eine erste Verantwortung auf sich genommen, Mutovergehen und Bürgerkrieg heraufzubeschwören.

Die Kundgebung schließt, im Hinblick auf die Umstände der augenblicklichen Krise und auf die deutlich berechnete und dauernde Feindschaft der Regierung gegen die Arbeiter-

klasse, die durch diese Tatsachen bewiesen werde, habe der Arbeiterdreibund, der noch immer einen gerechten Frieden wünsche, beschlossen, sein ganzes Gewicht auf Seiten der Bergarbeiter einzusetzen. Wie rücksichtslos die Zechenbesitzer die Lohnkürzungen zu betreiben suchten, geht aus einer Uebersicht der durchschnittlichen Wochenverdienste nach den alten Verträgen und nach dem neuen Angebot der Unternehmer für April, die Hue im „Vorwärts“ veröffentlicht. Sie sieht so aus:

	Im März gezahlte Löhne	Angebot für April
Schottland	100 Schill. 10 Pence	77 Schill. 11 Pence
Northumberland	95	4
Durham	92	7
Südwales	87	2
S. Yorkshre	100	10
N. Yorkshre	92	7
Gloucestershire	90	9
Wiltshre	97	7 1/2
S. Derby	90	3 1/2
Leicesters	88	5
N. Staffer	78	10
Warwickshre	89	10
Gloucesters	95	4
Forest of Dean	80	2 1/2
Somerset	79	9

„Diese enormen Lohnabzüge“, folgert Hue, sind unannehmbar, denn sie finden in der Preislage auf den Lebensmittelmärkten keine Stütze.“

Mit dem gleichen Schicksal ist die ganze englische Arbeiterklasse bedroht, wenn es gelingen sollte, den Dreibund niederzuzwingen.

### Die Verhandlungen

London, 12. April.

Der „Daily Herald“ meldet, daß in der Konferenz von gestern Abend im Handelsministerium zunächst Sir Williams im Namen des Verbandes der Bergwerksbesitzer das Wort ergriff. Er erklärte, daß der Tarif, der den Bergleuten zum 1. April angeboten worden sei, das Höchstangebot darstelle, das die Bergwerksbesitzer augenblicklich machen könnten. Im Namen der Bergleute gab Johann Hodgke die Forderungen bekannt. Die Bergleute verlangen einen einheitlichen Tarif für das ganze Land und eine Gewinnbeteiligung.

### Die bayerische Extratour

Drahtmeldung unseres Korrespondenten. München, 12. April.

In der heutigen Einwohnerwehrdebatte im Haushaltsausschuß des bayerischen Landtags legte Ministerpräsident v. Kahr ausführlich dar, daß sein Standpunkt in der Entwaffnungsfrage noch immer der gleiche absehende sei und durch die jüngsten Ereignisse in Mitteldeutschland nur noch bekräftigt worden wären. Ein Teil der Ausführungen des Ministerpräsidenten wurden für vertraulich erklärt.

Der Referent der bayerischen Volkspartei stellte sich auf den Standpunkt, daß die Einwohnerwehren überhaupt nicht unter Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages fallen. Genosse Gareis legte in mehrstündiger Rede die Verantwortung für die bayerische Regierung in der Haltung zur Entwaffnungsfrage für die Zuspitzung der europäischen Krise und für die Katastrophenspolitik dar. Er wies an Hand eines Schreibens und auf Grund von Urkunden und Aktenmaterial einwandfrei den reaktionären politischen Charakter der bayerischen Einwohnerwehren nach, sowie die Tatsache, daß die Einwohnerwehren die reale Macht in Bayern seien und Parlament und Regierung nur Scheinfaktoren darstellen, deren Souveränität dauernd durch die Einwohnerwehr gefährdet sei. Nach Österreich finde beständig ein umfangreicher Waffenhandelsverkehr durch die Einwohnerwehren statt unter Duldung staatlicher Organe. Die Einwohnerwehren treiben eine eigene Außenpolitik, die eine ständige Gefahr für Bayern und Deutschland darstellt. Die Regierung hat zwar der Einwohnerwehr die Rechte einer öffentlich rechtlichen Institution verliehen, hat aber keinerlei Einfluß auf ihre Zusammensetzung und auf ihre Tendenzen. Die Ausrüstung des Nachrichtendienstes der Einwohnerwehren stehen dem alten Heer in nichts nach. Mit Waffen sei sie in ungeheurem Umfang versehen. Für den Fall eines Aufrufs sei sie in verschiedene Aufgebote gegliedert, ähnlich wie das alte Heer. Nicht nur mit der Waffe ausgebildete Wehrmänner haben regelmäßig Schießübungen, sondern auch achtzehnjährige „Jungschützen“ werden neuerdings mit der Schuwaffe ausgebildet.

Die Enthüllungen des Genossen Gareis wurden vom ganzen Ausschuß mit beifolgendem Schweigen entgegengenommen. Die Sitzung wurde auf morgen vertagt.

Gegen die 3. Internationale. Der Kongreß der Estnischen unabhängigen sozialistischen Partei, die sich aus den Gruppen der linken Sozialrevolutionäre und der linken Sozialdemokraten gebildet hat, hat sich gegen den Anschluß an die 3. Internationale ausgesprochen. Der Kongreß beschloß, ein taktisches Zusammengehen mit der Estnischen kommunistischen Partei anzustreben.

## Silbe den Arbeitslosen!

Klassenstaat und kapitalistische Gesellschaft verharren gegenüber den durch Krieg und Niederlage heraufbeschworenen wirtschaftlichen wie politischen Krisenzuständen in völliger Untätigkeit. Seit einem Jahr leidet das deutsche arbeitende Volk unter einer Massenarbeitslosigkeit, die in der Geschichte der modernen Arbeiterklasse kein Beispiel findet. Sie ist nur mit den katastrophen vergleichbar, die auf niedrigeren Stufen der ökonomischen und sozialen Entwicklung in Gestalt von Seuchen und Missernten auf die Menschheit niedergingen.

Seit einem Jahr wird dem Erwerbslosenproblem vom Reichsarbeitsministerium die „größte Aufmerksamkeit“ zugewandt, wie die wohlgesinnte Presse gegenwärtig wieder einmal versichert, nachdem die nicht völlig verbliebenen und nicht nur an die Waffenmacht zur Erhaltung der bestehenden Ordnung appellierenden politischen Kreise des Bürgertums durch die Beteiligung zahlreicher vom Elend gepeinigter Arbeitsloser am jüngsten Kommunistenputsch ein wenig in Schrecken versetzt worden sind. Das Ergebnis dieser jagenhaften Aufmerksamkeit des maßgebenden Ministeriums war eine Flut von Verordnungen, die sich in der Praxis stets als Versuche herausstellten, den Belz zu wachen, ohne ihn nah zu machen, die vor allem jedes Opfer des Unternehmers zur Verminderung der Arbeitslosigkeit wie zur Unterstützung der Arbeitslosen vorfichtig zu vermeiden suchten. Die Verordnungen über die Freimachung von Arbeitsstellen blieben unwirksam und zwecklos, so sie wirkten schädlich und müssen abgebaut werden. Verordnungen, die die Schließung von Betrieben verhindern sollen, sind so formuliert, daß sie vom Unternehmer nur beachtet zu werden brauchen, wenn es ihm beliebt. Die Bestimmungen über die produktive Erwerbslosenfürsorge haben sich gleichfalls als völlig unproduktiv erwiesen. Ihre Wirkungen fährt nur hier und da ein Unternehmer, dem Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge als willkommenes Liebesgabe zuziehen, ohne daß unbequeme Verpflichtungen für ihn daraus entstehen.

Das eine Mittel aber, das schnelle und wirksame Hilfe für die Erwerbslosen bringen kann, das Mittel ausreichender Geldunterstützung, findet die große Aufmerksamkeit des Ministeriums nur insofern, als das Augenmerk der Behörde auf ein Geiz grenzende Sparsamkeit gerichtet ist. Komplizierte Verordnungen, die der Arbeitslosigkeit vorbeugen sollen, sind billiger. Und wenn sie auch fruchtlos bleiben, so haben sie doch den Vorzug, daß wieder eine Zeit der Untätigkeit ins Land gehen kann, bis sich die Fruchtlosigkeit in der Praxis erwiesen hat. Während dieser Zeit und in Erwartung der Ergebnisse der Verordnung hat doch die Deffentlichkeit den Eindruck, als sei etwas geschehen.

Nachdem sich indes immer deutlicher zeigt, daß die Regierung des Klassenstaates weder die Macht noch den Willen hat, wirksame, der Arbeitslosigkeit vorbeugende Maßnahmen bei den Unternehmern durchzusetzen, muß die Forderung einer ausreichenden Geldunterstützung von neuem in den Vordergrund gestellt werden.

Wir erinnern an die Forderung unserer Reichstagsfraktion, daß die erhöhte Winterunterstützung nicht wieder herabgesetzt werden darf. Es ist im Gegenteil eine weitere Erhöhung der Unterstützung notwendig. Ein Antrag unserer Reichstagsfraktion, der schon im Herbst im Reichstag zur Beratung stand, forderte eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung auf das Existenzminimum und einmalige Beihilfen an die Erwerbslosen durch rückwirkende Gestaltung der Unterstützungserhöhung für eine längere Zeitdauer sowie Gleichsetzung der Unterstützung der Sähe für männliche und weibliche Erwerbslose. Die Vertreter des Ministeriums wußten gegen unseren Antrag nur belanglose Einwendungen zu machen, die nichtigen Ausflüchten verächtlich ähnlich sahen. Wir erinnern ferner an die Forderungen der Gewerkschaften, die ebenfalls eine „den Teuerungsverhältnissen angemessene Unterstützung“ und die Bereitstellung von Mitteln zur Schulpflichtung der Kinder unbemittelter Eltern für notwendig erklären und außerdem die Ersetzung des Lohnausfalles für Kurzarbeiter zu zwei Dritteln durch den Unternehmer vorschlagen.

Dieser letzten Forderung muß sofort entsprochen werden denn es ist nicht möglich, noch länger von den Kurzarbeitern zu fordern, daß sie den mit Erwerbslosigkeit bedrohten Arbeitsgenossen und der Gesamtheit, die ein Interesse daran hat, die Vollarbeitslosigkeit auf das denkbar niedrigste Maß zu beschränken, weiterhin das Opfer des vollen Lohnausfalles darbringen. Die Erwerbslosigkeit ist ein Zustand, unter dem die Gesamtheit der arbeitenden Massen, mögen die einzelnen nun direkt oder weniger unmittelbar davon betroffen werden, ungemein leidet, während das Unternehmertum in vielfacher Beziehung Vorteile aus ihm zu ziehen weiß. Skrupellos und brutal benutzt es auch diese Mißstände als Gelegenheit zu neuer Bereicherung, indem es die durch die Erwerbslosigkeit herbeigeführte schwierige Lage der Arbeiterorganisationen zur Drückung der Löhne

und zum Raub der Rechte und Freiheiten der Arbeiter und Angestellten im Betriebe ausnutzt.

Es wäre nicht übel, wenn das Ministerium einmal dieser Seite der Angelegenheit seine Aufmerksamkeit zuwenden wollte. Ein Vorschlag, der uns von einem Industriellen unterbreitet wird, und den wir dem Minister und der Öffentlichkeit darum nicht vorenthalten wollen, fordert, daß die Unternehmer den Lutz der Arbeitslosigkeit selbst bezahlen, und versichert, daß sie ihn bezahlen können. In genau dargestellten Einzelangaben, die wir nur im Kern wiedergeben wollen, wird dort vorgeschlagen, daß die staatliche Unterstützung im Durchschnitt ungefähr 60 Prozent des Lohnes betragen soll. Um die Mittel aufzubringen, soll die Industrie eine Abgabe von 6 Prozent der Lohnsumme, die an die beschäftigten Arbeiter gezahlt wird, entrichten. Weiter heißt es in dem Vorschlag:

Der Prozentsatz der Abgabe wird auf 6 Monate festgesetzt, um die Last für die Industrie stabil zu machen. Eventuelle Ersparnisse werden angelammelt, um für spätere Zeit den Prozentsatz entsprechend verringern zu können.

Die dem Prozentsatz entsprechende Abgabe genügt nicht, sobald die Anzahl der Arbeitslosen erheblich zunimmt. Die Mittel für solche Fälle werden beschafft, indem der Arbeitgeber für jede Arbeiterentlassung einmalig 50 Prozent eines Monatslohns des zu Entlassenden zahlt.

Gründe: 1. Der Arbeitgeber wird durch die Entlassung die Verpflichtung zur Zahlung der Abgabe vom gezahlten Arbeitslohn los. 2. Seine finanzielle Kraft zum Tragen der Abgabe für Arbeitslosenunterstützung erlaubt entsprechend den Entlassungen bis zum völligen Ausfall bei der Betriebsstilllegung. Die Betriebe und Industriezweige dagegen, in denen wenige oder keine Entlassungen vorkommen, werden durch die auf den gezahlten Arbeitslohn berechnete Abgabe stärker belastet. 3. Die Unternehmer werden Entlassungen mit großer Vorsicht vornehmen.

Hiermit wäre also zugleich ein Mittel zur Herabsetzung der Zahl der Entlassungen auf das unvermeidliche Maß gefunden, und diese Maßnahme wäre wirksamer als alle bisherigen Verordnungen, die den gleichen Zweck zu verfolgen bestimmt waren. Sie alle vermochten ihn nicht zu erreichen, da sie dem Unternehmer laufend Hindernisse offen ließen.

Trotzdem müßte die Forderung aufrechterhalten bleiben, das Einspruchsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften gegen Entlassungen gerade angesichts der Massenarbeitslosigkeit wirksamer gestaltet werden muß. Wenn die Gesamtheit der Gesellschaft, vertreten durch die Staatsgewalt, in der gegenwärtigen prekären Lage der Wirtschaft äußerste Leistung von jedem einzelnen Arbeitenden als sittliche Pflicht im Interesse der Gesamtheit fordert, wenn die Steigerung der Arbeitsleistung mit tönenden Worten als einziges wirksames Heilmittel jeder sozialen und wirtschaftlichen Not gepriesen wird, dann ist es unstatthaft, daß die Verfügung über die vorhandenen Produktivkräfte dem Unternehmer ungeschmälert überlassen bleibt. Es geht nicht an, daß jene sittlichen Forderungen einseitig an Arbeiter und Angestellte gerichtet werden, während der Unternehmer nach seinen Profitinteressen über die Anwendung oder Brachlegung der Produktivkräfte, unter denen die Arbeitskraft die wertvollste ist, allein verfügen kann. Wenn die Gesamtheit ein Interesse an der höchsten Leistung der Arbeitskraft hat, dann muß sie auch die wirksame Brachlegung von Arbeitskraft durch das nur von Gewinninteresse geleitete Unternehmertum verhindern, wenn nicht die Auffassung entstehen soll, daß alle Reden von der sittlichen Pflicht angelegentlichster Arbeitsleistung eitel Phrasen sind.

Eine weitere dringende Pflicht der Regierung ist es, die Bereitstellung von Mitteln zur Arbeitsbeschaffung ernsthafter zu betreiben. Die produktive Erwerbslosenfürsorge in ihrer bisherigen Form genügt keinesfalls. Sie hat zwar 400 Millionen Mark gekostet, hat sich aber als eine völlig nutzlose Angelegenheit erwiesen, und nur dank dem Reflektieren, der gelegentlich von ihr gemacht wird, existiert sie im Bewußtsein der Öffentlichkeit. Entscheidende Wirkungen sind von dieser Methode auch in Zukunft nicht zu erwarten. Dagegen würde eine energisch betriebene Beschäftigung der Bauwirtschaft der Arbeitslosigkeit und der Wohnungsnot zugleich entgegenwirken. Dafür steht angesichts ein Kredit von 4 Milliarden Mark zur Verfügung, der sich, an die bauenden Gemeinden verteilt, durch den kommunalen Pflichtzuschlag auf das Doppelte erhöhen würde.

Wir verweisen aber zugleich darauf, daß auch diese Mittel zum großen Teil nur der schamlos wuchernden Bauindustrie, deren Treiben wir in letzter Zeit mehrfach gekennzeichnet haben, in die Taschen fließen würde, wenn nicht gleichzeitig Maßnahmen zur Ausschaltung der Wucherergerinne gerade dieser Industrie getroffen werden. Auch das wäre ein dankbares Objekt für die gespannte Aufmerksamkeit der Regierung. Wir erinnern daran, daß auch auf diesem Gebiete die Gewerkschaften Vorschläge gemacht haben, deren Durchführung zur Beseitigung der skandalösen Zustände führen würde. Voran steht auch hier die Forderung der Sozialisierung der Bauwirtschaft. Auch dem Verkehrsministerium stehen für 1920/21 mehrere Milliarden Mark zur Verfügung, die gleichfalls der Arbeitsbeschaffung dienstbar gemacht werden müssen.

Es ist dringend zu fordern, daß in kürzester Zeit die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien ernsthaft Schritte unternehmen, um die Regierung zur Tätigkeit auf diesem Gebiete zu zwingen. Ist die Regierung unfähig, gangbare Wege zu finden, so mag sie sich der Beratung der Fachleute aus Gewerkschaftskreisen bedienen, die mehrfach sorgfältig ausgearbeitete, von reicher Sachkenntnis zeugende und sofort anwendbare Vorschläge auf verschiedenen Teilgebieten des Gesamtproblems gemacht haben. Aber nicht zu langatmigen Beratungen, die wiederum nur die Grundlage für wohlwollende Erwägungen einer in gespannter Aufmerksamkeit untätig verharrenden Behörde geben, sollen sich diese Männer mißbrauchen lassen. Ueber den Gang der Verhandlungen interessiert die Öffentlichkeit zu berichten, damit die Gesamtheit sehen kann, wo die Hemmungen liegen und wer die Schuld daran trägt, wenn auch solche Beratungen unfruchtbar bleiben. Es muß gehandelt werden, wenn das Unheil der Erwerbslosigkeit nicht zu unabsehbaren Katastrophen führen soll.

Die Verhandlungen über die Bildung des Kabinetts Stegerwald sind nach den V. P. N. ziemlich weit fortgeschritten. Siegerwald gibt sich die größte Mühe, die Kabinettsbildung spätestens im Laufe des heutigen Vormittags zu beenden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Sozialdemokratie im Kabinett durch Severing, Hähnisch und Braun vertreten sein, von denen der letztere allerdings ein anderes Ressort übernehmen dürfte. Im übrigen werden die bisherigen Minister Stegerwald (Wohlfahrtsministerium), Am Zehnhoff (Justizministerium)

und Fischbeck (Handelsministerium) wohl ihre Ämter behalten. Die freierwerbenden Ressorts, also vielleicht das Landwirtschafts- und Finanzministerium, dürften mit Beamten besetzt werden.

Die rechtsozialistische „Vollstimme“ in Chemnitz setzt ihre Versuche fort, die Leitung ihrer Partei auf den Boden einer reinen Arbeiterpolitik zu drängen. In der Montagsnummer bringt das Blatt unter der Überschrift: „Was die sozialdemokratischen Arbeiter wollen“ einen Leitartikel, worin zuerst ausgeführt wird, daß man bei den Verhandlungen über die Bildung einer Regierung in Preußen nicht wisse, ob man von einer Triebfeder oder von einem Lustspiel sprechen solle. Die bürgerlichen Mittelparteien hätten eine unüberwindliche Sehnsucht nach den Gesinnungsgenossen des Herrn Stinnes, sie möchten aber auch gern die Rechtsozialisten in diesem Bunde haben. Auf dem Parteitage habe die Sozialdemokratie aber ein gemeinsames Regieren mit der Deutschen Volkspartei klar und eindeutig abgelehnt. Auch in Sachsen sei eine Koalition mit der Volkspartei zurückgewiesen worden. Das Blatt fährt fort:

Am so verwunderlicher ist es, daß trotzdem einige Genossen der sozialdemokratischen Preußenfraktion den Versuch machten, Fühlung mit der Deutschen Volkspartei auf dem Wege über das Zentrum zu suchen. Man ist versucht, an einen Zerrum zu glauben, wenn man die Forderungen liest, die diese Genossen der Sozialdemokratie stellen: Festes Bekenntnis zu Demokratie und Republik, Demokratisierung der Verwaltung, festes Rückgrat gegenüber der struppeligen Habicht der sogenannten Hohenzollern und weitere Ueberlassung einiger wichtiger Ministerposten an die Sozialdemokratie. Diese Forderungen sind gewiß für Sozialdemokraten reichlich bescheiden. Sie enthalten nur das, was auch der allerärmste Demokrat verlangen muß, wenn er auf diese Bezeichnung überhaupt noch politischen Anspruch erheben will. Aber darüber sollte sich doch von vornherein jeder Sozialdemokrat klar geworden sein, daß die Deutsche Volkspartei solche Bedingungen nicht erfüllen würde. Eine Fraktion der Deutschen Volkspartei, die diese Wünsche erfüllen wollte, hätte die Gnade der Stinnesleute verdient. Manche Sozialdemokraten scheinen sich über das eigentliche Wesen dieser Partei der großen Industriellen noch gar keine Rechenschaft abgeben zu haben, sonst wäre dieser Versuch unterblieben, der mit einer klaffenden Ohrfeige endet hat, die die Sozialdemokratie unter ganz besonders unanständigen Formen den sozialdemokratischen Antragern als Antwort gereicht hat.

Als wir aus Anlaß der letzten sächsischen Regierungsbildung nichts unversucht ließen, um die Arbeitgemeinschaft mit den Unabhängigen zustande zu bringen, und dabei nicht zuließen, daß man die große Sache an kleinen Nichtigkeiten scheitern ließ, da gab es Stimmen in der Partei und in der Parteipresse, die es ablehnten, notwendig zu haben, uns an das Würdegefühl unserer Partei erinnern zu müssen. Dabei handelte es sich damals um eine Verbindung mit proletarischen Klassenpartnern. Werden sich nun endlich die sozialdemokratischen Parteiführer einmal aufraffen es sich endlich zu verbitten, daß der reaktionären kapitalistischen Stinnespartei gegenüber die Würde unserer sozialdemokratischen Partei in dieser Weise verkehrt wird, und werden sie endlich darauf sehen, daß die in dieser Frage schon längst ausgesprochene Willensmeinung der Genossen, so wie es sich gehört, beachtet wird? Mit dem Gedanken, uns in einer Regierung an die Hochsöhne der Deutschen Volkspartei zu hängen, muß nun endlich einmal Schluss gemacht werden, wenn das Vertrauen, das die Arbeiter der Sozialdemokratischen Partei entgegenbringen, nicht vermindert die Werbekraft der Partei nicht geschwächt und die Agitation der Unabhängigen, vielleicht sogar der Kommunisten wieder der Weg durch unsere Schuld ebnend werden soll. Wer durch die Vorgänge in Preußen noch nicht kuriert ist, dem ist allerdings nicht mehr zu helfen.

Jetzt nach diesen Vorgängen werden die Versuche, die einige Organe der sächsischen Parteipresse noch in den letzten Wochen machten, um uns auf eine ähnliche Bahn zu drängen, erst so recht in das Licht der Kritik gerückt. Jedenfalls muß einmal mit aller Entschiedenheit betont werden, daß eine solche Politik dem Willen der Masse unserer sozialistischen Arbeiter, Angestellten und Beamten ganz und gar widerspricht. Die Sache wird noch schlimmer dadurch, daß wir aus einem Artikel des Genossen Stampfer wissen, daß sich die Genossen Stiering, Heilmann und Lindberg erst auf das Drängen des Zentrums und der Demokraten zu einem solchen Schritt haben bewegen lassen. Wir fragen: Was heißt denn höher, der Beschluß eines Parteitag und einer Fraktion oder der Wunsch höchst unzuverlässiger bürgerlicher Partner? Also begraben wir endlich den Gedanken, uns mit unseren unerlässlichen Klassenpartnern in der Deutschen Volkspartei zu einer gemeinsamen Regierungsarbeit zusammenzufinden.

Ganz unhaltbar ist ferner die Passivität, die die Sozialdemokratische Partei gegenüber den Sondergerichten einnimmt. Unsere Stellung dazu haben wir bereits bekanntgegeben und deutlich erklärt, daß wir gegen diese Ausnahmegerichtbarkeit sind, denn Ausnahmegerichte sind es, mögen sie auch einen anderen Namen tragen. Heute nimmt die sozialdemokratische Presse dazu eine ganz verkehrte Stellung ein. Niemand weiß, wie die Sozialdemokratische Partei offiziell zu dieser Frage steht. Will der Parteivorstand sich vielleicht erst dazu rühren, wenn die meisten Urteile der Sondergerichte gefällt sind? Wir verlangen Führung in der Partei zum Zweck der Einheitsfront, und das verlangen auch alle Genossen in Betrieb, Werkstatt, Schule und Amtsstube. Nur wenn wir so handeln, werden wir die ärmliche Situation, die uns die Kommunisten durch ihren Verbesserpöbel und wilden Streik für unsere Werksarbeit geschaffen haben, zum Nutzen der Partei und damit zur Wiederherstellung der Denkwürdigkeit und der richtigen Wahl der Kampfmittel des Proletariats als Klasse ausnützen.

Die „Chemnitzer Volksstimme“ nennt es dann „geradezu niederdrückend“, daß ihr Parteiblatt in Dresden erwartet hatte, daß die rechtsozialistischen Vertreter im sächsischen Landtag den Anlauf der U. S. P. gegen die Sondergerichte nicht mitmachen würden. Nachdem die Situation durch die Vorgänge in Preußen endlich klar geworden seien, bleibe dem deutschen Proletariat doch gar kein anderer Weg übrig, als der, unter Ausnutzung aller Möglichkeiten entwicklungsmäßig den Kontakt aller sozialistischen Parteien möglichst rasch herzustellen. Ob das gelinge, hänge aber im wesentlichen von der Politik der Sozialdemokratischen Partei als der stärksten politischen proletarischen Kampforganisation ab. Da ist aber an der jetzigen Taktik der Sozialdemokraten noch manches zu reparieren, was wir hier nur an einigen neuen Beispielen nachgewiesen haben. Das Blatt schließt: „Was wir hier gefordert haben, das ist der Wille der sozialdemokratischen Arbeiter, und dessen müssen sich alle diejenigen ernstlich bewußt werden, die mit an der Steuerung des Parteischiffes oder an führender und verantwortlicher Stelle im proletarischen Kampfsteher stehen.“

Diese Kritik des rechtsozialistischen Blattes ist nur allzu berechtigt. Die Frage ist nur, ob die Vertreter dieser Kritik sich genügend Einfluss in ihrer Partei werden verschaffen können, um ihren Anschauungen auch Beachtung zu verschaffen.

Schweres Bergwerkunglück. Auf der Zeche „Konstantin der Große“ ereignete sich eine Explosion schlagernder Wetter, durch die 15 Personen getötet, 5 schwer verletzt wurden.

Das Ausnahmegericht in Halle hat am letzten Sonnabend u. a. gegen drei jugendliche Arbeiter, die zwangsweise in die sogenannte „rote Armee“ eingereiht wurden, längere Gefängnisstrafen verhängt. Das Urteil muß den schärfsten Widerspruch herausfordern, da die Angeklagten von ihren sogenannten Führern mißbraucht worden sind. Es handelte sich bei diesen Fällen um ganz jugendliche Personen, die kaum dem Schulalter entwachsen und sich ihres Tuns nicht bewußt waren. Wenn derartige Vergehen schon unter Anklage gestellt werden müssen, dann müßten zum mindesten die Jugendgerichte sich mit der Angelegenheit befassen, weil die Jugendgerichte sich wenigstens bemühen, in das Seelenleben der Angeklagten einzudringen, und aus den Beweggründen der Angeklagten heraus das Urteil formulieren, das in allen Fällen, wo die Berufung mitspricht, zugunsten der Angeklagten ausfallen dürfte.

Die Unabhängige Partei hat gerade aus diesen Gründen beim Reichspräsidenten um die Aufhebung der Verordnung nachgesucht. Herr Ebert sah sich aber nicht einmal veranlaßt, auf das Schreiben zu antworten, obwohl seine eigene Partei sich dieselben Gedankengänge zu eigen gemacht hat. Die maßlose Verurteilung der Angeklagten, das glatte Beiseiteschieben der Tatsachen, stempelt die Ausnahmegerichte zu einer Verwilderung der Rechtspflege. Ihre Beseitigung wird immer mehr zu einer gebietlichen Notwendigkeit.

## Die Stimmung bei den Rechtssozialisten

Die rechtsozialistische „Vollstimme“ in Chemnitz setzt ihre Versuche fort, die Leitung ihrer Partei auf den Boden einer reinen Arbeiterpolitik zu drängen. In der Montagsnummer bringt das Blatt unter der Überschrift: „Was die sozialdemokratischen Arbeiter wollen“ einen Leitartikel, worin zuerst ausgeführt wird, daß man bei den Verhandlungen über die Bildung einer Regierung in Preußen nicht wisse, ob man von einer Triebfeder oder von einem Lustspiel sprechen solle. Die bürgerlichen Mittelparteien hätten eine unüberwindliche Sehnsucht nach den Gesinnungsgenossen des Herrn Stinnes, sie möchten aber auch gern die Rechtsozialisten in diesem Bunde haben. Auf dem Parteitage habe die Sozialdemokratie aber ein gemeinsames Regieren mit der Deutschen Volkspartei klar und eindeutig abgelehnt. Auch in Sachsen sei eine Koalition mit der Volkspartei zurückgewiesen worden. Das Blatt fährt fort:

Am so verwunderlicher ist es, daß trotzdem einige Genossen der sozialdemokratischen Preußenfraktion den Versuch machten, Fühlung mit der Deutschen Volkspartei auf dem Wege über das Zentrum zu suchen. Man ist versucht, an einen Zerrum zu glauben, wenn man die Forderungen liest, die diese Genossen der Sozialdemokratie stellen: Festes Bekenntnis zu Demokratie und Republik, Demokratisierung der Verwaltung, festes Rückgrat gegenüber der struppeligen Habicht der sogenannten Hohenzollern und weitere Ueberlassung einiger wichtiger Ministerposten an die Sozialdemokratie. Diese Forderungen sind gewiß für Sozialdemokraten reichlich bescheiden. Sie enthalten nur das, was auch der allerärmste Demokrat verlangen muß, wenn er auf diese Bezeichnung überhaupt noch politischen Anspruch erheben will. Aber darüber sollte sich doch von vornherein jeder Sozialdemokrat klar geworden sein, daß die Deutsche Volkspartei solche Bedingungen nicht erfüllen würde. Eine Fraktion der Deutschen Volkspartei, die diese Wünsche erfüllen wollte, hätte die Gnade der Stinnesleute verdient. Manche Sozialdemokraten scheinen sich über das eigentliche Wesen dieser Partei der großen Industriellen noch gar keine Rechenschaft abgeben zu haben, sonst wäre dieser Versuch unterblieben, der mit einer klaffenden Ohrfeige endet hat, die die Sozialdemokratie unter ganz besonders unanständigen Formen den sozialdemokratischen Antragern als Antwort gereicht hat.

Als wir aus Anlaß der letzten sächsischen Regierungsbildung nichts unversucht ließen, um die Arbeitgemeinschaft mit den Unabhängigen zustande zu bringen, und dabei nicht zuließen, daß man die große Sache an kleinen Nichtigkeiten scheitern ließ, da gab es Stimmen in der Partei und in der Parteipresse, die es ablehnten, notwendig zu haben, uns an das Würdegefühl unserer Partei erinnern zu müssen. Dabei handelte es sich damals um eine Verbindung mit proletarischen Klassenpartnern. Werden sich nun endlich die sozialdemokratischen Parteiführer einmal aufraffen es sich endlich zu verbitten, daß der reaktionären kapitalistischen Stinnespartei gegenüber die Würde unserer sozialdemokratischen Partei in dieser Weise verkehrt wird, und werden sie endlich darauf sehen, daß die in dieser Frage schon längst ausgesprochene Willensmeinung der Genossen, so wie es sich gehört, beachtet wird? Mit dem Gedanken, uns in einer Regierung an die Hochsöhne der Deutschen Volkspartei zu hängen, muß nun endlich einmal Schluss gemacht werden, wenn das Vertrauen, das die Arbeiter der Sozialdemokratischen Partei entgegenbringen, nicht vermindert die Werbekraft der Partei nicht geschwächt und die Agitation der Unabhängigen, vielleicht sogar der Kommunisten wieder der Weg durch unsere Schuld ebnend werden soll. Wer durch die Vorgänge in Preußen noch nicht kuriert ist, dem ist allerdings nicht mehr zu helfen.

Jetzt nach diesen Vorgängen werden die Versuche, die einige Organe der sächsischen Parteipresse noch in den letzten Wochen machten, um uns auf eine ähnliche Bahn zu drängen, erst so recht in das Licht der Kritik gerückt. Jedenfalls muß einmal mit aller Entschiedenheit betont werden, daß eine solche Politik dem Willen der Masse unserer sozialistischen Arbeiter, Angestellten und Beamten ganz und gar widerspricht. Die Sache wird noch schlimmer dadurch, daß wir aus einem Artikel des Genossen Stampfer wissen, daß sich die Genossen Stiering, Heilmann und Lindberg erst auf das Drängen des Zentrums und der Demokraten zu einem solchen Schritt haben bewegen lassen. Wir fragen: Was heißt denn höher, der Beschluß eines Parteitag und einer Fraktion oder der Wunsch höchst unzuverlässiger bürgerlicher Partner? Also begraben wir endlich den Gedanken, uns mit unseren unerlässlichen Klassenpartnern in der Deutschen Volkspartei zu einer gemeinsamen Regierungsarbeit zusammenzufinden.

Ganz unhaltbar ist ferner die Passivität, die die Sozialdemokratische Partei gegenüber den Sondergerichten einnimmt. Unsere Stellung dazu haben wir bereits bekanntgegeben und deutlich erklärt, daß wir gegen diese Ausnahmegerichtbarkeit sind, denn Ausnahmegerichte sind es, mögen sie auch einen anderen Namen tragen. Heute nimmt die sozialdemokratische Presse dazu eine ganz verkehrte Stellung ein. Niemand weiß, wie die Sozialdemokratische Partei offiziell zu dieser Frage steht. Will der Parteivorstand sich vielleicht erst dazu rühren, wenn die meisten Urteile der Sondergerichte gefällt sind? Wir verlangen Führung in der Partei zum Zweck der Einheitsfront, und das verlangen auch alle Genossen in Betrieb, Werkstatt, Schule und Amtsstube. Nur wenn wir so handeln, werden wir die ärmliche Situation, die uns die Kommunisten durch ihren Verbesserpöbel und wilden Streik für unsere Werksarbeit geschaffen haben, zum Nutzen der Partei und damit zur Wiederherstellung der Denkwürdigkeit und der richtigen Wahl der Kampfmittel des Proletariats als Klasse ausnützen.

Die „Chemnitzer Volksstimme“ nennt es dann „geradezu niederdrückend“, daß ihr Parteiblatt in Dresden erwartet hatte, daß die rechtsozialistischen Vertreter im sächsischen Landtag den Anlauf der U. S. P. gegen die Sondergerichte nicht mitmachen würden. Nachdem die Situation durch die Vorgänge in Preußen endlich klar geworden seien, bleibe dem deutschen Proletariat doch gar kein anderer Weg übrig, als der, unter Ausnutzung aller Möglichkeiten entwicklungsmäßig den Kontakt aller sozialistischen Parteien möglichst rasch herzustellen. Ob das gelinge, hänge aber im wesentlichen von der Politik der Sozialdemokratischen Partei als der stärksten politischen proletarischen Kampforganisation ab. Da ist aber an der jetzigen Taktik der Sozialdemokraten noch manches zu reparieren, was wir hier nur an einigen neuen Beispielen nachgewiesen haben. Das Blatt schließt: „Was wir hier gefordert haben, das ist der Wille der sozialdemokratischen Arbeiter, und dessen müssen sich alle diejenigen ernstlich bewußt werden, die mit an der Steuerung des Parteischiffes oder an führender und verantwortlicher Stelle im proletarischen Kampfsteher stehen.“

Diese Kritik des rechtsozialistischen Blattes ist nur allzu berechtigt. Die Frage ist nur, ob die Vertreter dieser Kritik sich genügend Einfluss in ihrer Partei werden verschaffen können, um ihren Anschauungen auch Beachtung zu verschaffen.

Schweres Bergwerkunglück. Auf der Zeche „Konstantin der Große“ ereignete sich eine Explosion schlagernder Wetter, durch die 15 Personen getötet, 5 schwer verletzt wurden.

## Rachejustiz

Das Ausnahmegericht in Halle hat am letzten Sonnabend u. a. gegen drei jugendliche Arbeiter, die zwangsweise in die sogenannte „rote Armee“ eingereiht wurden, längere Gefängnisstrafen verhängt. Das Urteil muß den schärfsten Widerspruch herausfordern, da die Angeklagten von ihren sogenannten Führern mißbraucht worden sind. Es handelte sich bei diesen Fällen um ganz jugendliche Personen, die kaum dem Schulalter entwachsen und sich ihres Tuns nicht bewußt waren. Wenn derartige Vergehen schon unter Anklage gestellt werden müssen, dann müßten zum mindesten die Jugendgerichte sich mit der Angelegenheit befassen, weil die Jugendgerichte sich wenigstens bemühen, in das Seelenleben der Angeklagten einzudringen, und aus den Beweggründen der Angeklagten heraus das Urteil formulieren, das in allen Fällen, wo die Berufung mitspricht, zugunsten der Angeklagten ausfallen dürfte.

Die Unabhängige Partei hat gerade aus diesen Gründen beim Reichspräsidenten um die Aufhebung der Verordnung nachgesucht. Herr Ebert sah sich aber nicht einmal veranlaßt, auf das Schreiben zu antworten, obwohl seine eigene Partei sich dieselben Gedankengänge zu eigen gemacht hat. Die maßlose Verurteilung der Angeklagten, das glatte Beiseiteschieben der Tatsachen, stempelt die Ausnahmegerichte zu einer Verwilderung der Rechtspflege. Ihre Beseitigung wird immer mehr zu einer gebietlichen Notwendigkeit.

## Neue Urteile

Vor dem außerordentlichen Gericht in Essen hatten sich am Montag zehn Bergleute aus Borbeck unter der Anklage des Hochverrats zu verantworten. Die Angeklagten sollten in den Putschtagen eine Verschwörung angezettelt haben mit dem Ziele, das Schloss Borbeck und das Bürgerbrauhaus in Borbeck, zwei Stützpunkte der Schutzpolizei, zu stürzen, in das Essener Kreditbank die Bankgelder zu beschlagnahmen und eine bewaffnete Aktion gegen die Stadt Essen ins Werk zu setzen. Der Plan scheiterte, da die erwarteten Verhaftungsmannschaften ausblieben und die erforderlichen Waffen nicht zur Verfügung waren. Das Gericht verurteilte sechs Angeklagte zu Zuchthausstrafen von 5-7 Jahren, vier Angeklagte erhielten je drei Jahre Festung. — Auch dieses Urteil fordert zum Protest heraus. Die Angeklagten konnten ihr Vorhaben nicht ausführen, sie haben keinerlei Schaden angerichtet, deshalb ist das Ausnahmegericht bei der Verhängung von Zuchthausstrafen von jedem Rechtsweg abgewichen.

## Rechtsgültigkeit der Höchstmietenverordnung

Die Hausbesitzerorganisationen behaupten, trotz der vom Reichsjustizministerium im Reichstag abgegebenen, im Justizministerialblatt unter dem 24. Dezember 1920 veröffentlichten Erklärung, den Mietern gegenüber immer noch, daß die Höchstmietenverordnung rechtsgültig sei. Demgegenüber erfahren die „V. P. N.“ von gutinformierter juristischer Seite, daß der größte Teil der Landesgerichte die Rechtsgültigkeit der Verordnung bereits bejaht hat. In einem Urteil vom 1. Februar 1921 hat auch das Oberlandesgericht Celle in längeren rechtlichen Ausführungen, die eingehend auf die Einwände der Hausbesitzerorganisationen zurickkommen, dargelegt, daß ein Zweifel an der Rechtsgültigkeit der Verordnung, insbesondere auch des § 8, nun nicht möglich sei. Ausdrücklich weist auch das Oberlandesgericht darauf hin, daß die durch das Reichsgesetz vom 11. Mai 1920 erfolgte Festsetzung der Verordnung nicht erforderlich gewesen sei.

## Rücktritt des sächsischen Justizministers

Drahmeilung unseres Korrespondenten

Dresden, 12. April.

Der sächsische Justizminister Harnisch hat dem Ministerpräsidenten, unter Hinweis auf seine angegriffene Gesundheit, sein Entlassungsgesuch eingereicht. Er hat bereits seinen Entlassungsurteil angetreten und wird im Justizministerium und im Justizministerium durch den Finanzminister Heldt vertreten. Dr. Harnisch wollte schon lange zurücktreten. Die jüngsten politischen Ereignisse dürften wohl diesen Entschluß in ihm zur Reife gebracht haben. Unsere sächsischen Genossen haben kein Bedauern, für den Rücktritt Harnischs, denn es tut dringend not, daß in einer sozialistischen Regierung ein Justizminister steht, der den Willen und die Kraft hat, dem aller Beschuldigung politischen reaktionären Gebaren seiner Justizbeamten energisch entgegenzutreten. Herr Harnisch war nicht der Mann dazu.

## Bürgerliche Religionsfreiheit

Dresden, 12. April.

Im Sächsischen Landtag wurde eine Vorlage angenommen, welche die Aufhebung der Anweisungen an die Polizeibehörden zur Bekämpfung der Konfubinate bezweckt. Ferner hatten die Anhänger der Kirche wieder einmal Gelegenheit, gegen einen Antrag unserer Genossen auf Abänderung der Hebammenordnung und der Dienstausweisung für Leidenfrauen Sturm zu laufen. Der Antrag bezweckte die Aufhebung der Verordnungen aus dem neunzehnten Jahrhundert, wonach die Hebammen und die Leidenfrauen angewiesen sind, Hilfsdienste für die Kirche zu leisten. Ferner erfuhr der Antrag die Regierung, Maßnahmen zu ergreifen, wodurch den kirchlichen Friedhofsverwaltungen untersagt wird, für diejenigen, die nicht der Kirche angehören, eine besondere Zeit für die Bestattung festzusetzen, unproportionalmäßig höhere Gebühren für die Bestattung dieser Personen zu fordern und zu drohen, daß Dissidenten nicht auf dem kirchlichen Friedhof bestattet werden können. Der Kultusminister, Genosse Flehner, sagte zu, daß er eine entsprechende Verordnung herausgeben würde, was ihm die größte Mißbilligung und Angriffe der bürgerlichen Parteien zuzog. Unsere Genossen blieben durch diese Zulage den Antrag für erledigt und wollten ihn zurückziehen. Die Bürgerlichen befanden jedoch auf Ueberwelsung an den Rechtsauschuss, um diese „Ungeheuerlichkeit“ durchsprechen zu können.

## Die nationalistische Hezke

Die Ortsgruppe Berlin der Deutschen Friedensgesellschaft teilt mit, daß sie mit aller Entschiedenheit die völkerverbeidende Tätigkeit nationalstischer Kreise bekämpft. Sie vermißt daher die von diesen Kreisen und ihrer Presse ausgehenden Proteste gegen die sogenannte schwarze Schmach. Unbeschadet ihrer pazifistischen Grundtatsache, jede Gewalttat, ganz gleich auf welcher Seite sie geschieht, zu verurteilen, steht sie in den teilweise unwahren oder stark übertriebenen Gemeinreden nur dem Zweck, Revanchegedanken zu wecken und zu füttern. Die Ortsgruppe dankt daher auch ihrem 2. Vorsitzenden, Herrn Pfarrer Bietter, für dessen Stellungnahme in dieser Frage, die er auf seinen Vorträgen im Rheinland zum Ausdruck gebracht hat.

## Zur Regierungsbildung in Preußen

Die Verhandlungen über die Bildung des Kabinetts Stegerwald sind nach den V. P. N. ziemlich weit fortgeschritten. Siegerwald gibt sich die größte Mühe, die Kabinettsbildung spätestens im Laufe des heutigen Vormittags zu beenden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Sozialdemokratie im Kabinett durch Severing, Hähnisch und Braun vertreten sein, von denen der letztere allerdings ein anderes Ressort übernehmen dürfte. Im übrigen werden die bisherigen Minister Stegerwald (Wohlfahrtsministerium), Am Zehnhoff (Justizministerium)

## Der Bekehrte und die Unbekehrbaren

Der Minister Simons ist in seiner Politik einigermaßen von der Umwelt abhängig, in der er sich gerade befindet. Unter dem Einfluß der süddeutschen Patrioten hat er seinerzeit in Stuttgart und anderswo Reden gehalten, die insbesondere durch das höchst unnötige Hineinziehen der Kriegsschuldfrage seine Stellung in London von vornherein beträchtlich erschwerte. Nach dem Scheitern der Londoner Konferenz hat er, angeleitet von der Stimmung, die die Rechtsparteien des Reichstages und die nationalstiftische Presse verbreiteten, die Erklärung abgegeben, daß Deutschland, solange die Sanktionen andauerten, nicht den ersten Schritt zu neuen Verhandlungen tun könne. Die neutrale Luft, die ihm bei seinem Ferienaufenthalt in der Schweiz umgab, hat ihn dann wieder zu einer Schwertung nach einer anderen Richtung bestimmt: in dem *Interwiew*, das er dem Vertreter des Pariser „*Matin*“ gewährte, stellte er neue Vorschläge und neue Verhandlungen in Aussicht.

Wir würden gewiß einem Minister bei weitem den Vorschlag geben, der seiner selbst mehr sicher wäre als Herr Simons. Aber wie die Dinge nun einmal liegen, müssen wir uns einweisen schon mit seiner Rückkehr zur Vernunft begnügen und wir wollen nur hoffen, daß die höchst bedenkliche Atmosphäre des Auswärtigen Amtes seine in der Schweiz gefassten guten Vorschläge nicht wiederum ins Wasser bringt.

Die geheimräthlichen Berücker der Wilhelmstraße sind ja durch das erwähnte Interview in die bedenklichste Verfassung geraten. Man gab seinem Erstaunen Ausdruck, daß Simons überhaupt mit einem Journalisten gesprochen habe und man deutete an, daß er sich unmöglich so geäußert haben könne, wie es Herr Sauerwein seinem Blatte berichtet habe. In der Tat sieht sich jetzt der Minister, der mit seinen Interviews nun einmal entschieden Pech hat, zu einigen Richtigstellungen des „*Matin*“-Textes veranlaßt. Der Wortlaut sei von ihm nicht nachgeprüft worden, und insbesondere habe er nichts gesagt, was auf angebliche Differenzen zwischen ihm und den anderen Kabinettsmitgliedern hindeute. Solche Meinungsverschiedenheiten befänden gerade im jetzigen Reichsabinett nicht hinsichtlich der von ihm abgegebenen Erklärung, daß Deutschland in der Wiedergutmachung bis zu seiner Leistungsfähigkeit bereit sei.

Was hier berichtet wird, sind Nebenächlichkeiten, und es bleibt also bestehen, daß Simons erneut die Bereitwilligkeit betont hat, die verwüsteten Gebiete wieder aufzubauen, daß er des Weiteren von der Notwendigkeit gesprochen hat, neue Grundlagen und neue Verhandlungsarten zu suchen, und daß er endlich angekündigt hat, Deutschland werde in wenigen Tagen in unwiderleglicher Weise seinen guten Willen dartun. Das aber sind gerade die Sätze, die bei den Draufgängern auf der Rechten den stärksten Unwillen erregt haben, und die sie zu scharfen Attacken gegen Simons veranlassen. „*Kreuzzeitung*“, „*Deutsche Zeitung*“ und „*Deutsche Tageszeitung*“ sind sich einig in ihrem Mißvergnügen, und sie würden auf Vergnügen bereit sein, den Abtrünnigen auf dem Altar der nationalen Ehre zu opfern. Und auch Herr Stresemann, der Führer der Deutschen Volkspartei, kann seinen Ärger nicht verhehlen. Er legt sich zwar in dem Artikel, den er im „*Abendblatt*“ veröffentlicht, ein wenig mehr Zurückhaltung auf als die *Deutschnationalen*, aber sein Mißbehagen ist unverkennbar. Schulmeisterlich kritisiert er die einzelnen Stücke des Interviews und er verlangt genauere Erklärung. Er sagt nicht direkt, daß er die Anknüpfung neuer Verhandlungen nicht will, aber er gibt deutlich genug zu verstehen, wie unsympathisch ihm dieser Gedanke ist.

Es wird also jetzt zu einer Kraftprobe zwischen dem bekehrten Minister und den unbekehrbaren Parteien der Rechten kommen, und zu diesen Parteien der Rechten gehört die Deutsche Volkspartei, die in der Regierung sitzt. Wenn Herr Sitzelmann, woran wir nicht zweifeln, die Ansichten seiner Partei zum Ausdruck bringt, so stehen wir vor Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kabinetts und innerhalb der Regierungskoalition. Wir haben den dringenden Wunsch, daß sie zu einem reinlichen Austrag gelangt und nicht wieder durch ein faules Kompromiß nach Art des sogenannten Vertrauensotiums vom 12. März zum Abschluß gebracht wird.

Nach der bisherigen Methode geht es nicht weiter. Entweder bekennet man sich offen zu den Schweizer Grundsätzen des Herrn Simons und macht sofort neue und erfolgversprechende Vorschläge, oder die Rechte mag endlich auch die amtliche Verantwortung für ihre Katastrophopolitik übernehmen. Herr Helfferich oder vielleicht auch Baron Versner, der kleine Gernegroß der Volkspartei, könnten ja das Ministerium des Auswärtigen führen, und dann würden wir sehen, wie weit Deutschland mit Politikern dieses Schlages kommt.

Wir hoffen freilich, daß uns diese Erfahrung erspart bleibt, und daß man sich in letzter Stunde zu dem Schritte entschließt, der längst hätte getan werden müssen. Es ist sofort ein Wiederaufbauplan vorzulegen, der die Amsterdamer Beschlüsse des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Internationalen Arbeitsgemeinschaft soweit als irgend möglich berücksichtigt. Es sind des Weiteren, da der Gesamtplan von Amsterdam bei der kurzen Frist, die uns gewährt ist und bei den in den verschiedenen Ländern bestehenden Machtverhältnissen keine Aussicht auf unmittelbare Verwirklichung besitzt, Geldzahlungen anzubieten, die wirklich und ernstlich bis an die Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit gehen und deren Befreiung nicht von zahlungsunwilligen „*Sachverständigen*“ beehindert wird.

Besitzt Simons nicht die Energie oder nicht die Macht, in dieser Weise vorzugehen, dann soll er lieber auf den Versuch verzichten, den „*guten Willen Deutschlands*“ auf neue zu dokumentieren. Ein halbes und verklauseliertes Entgegenkommen ist schlimmer als gar keines. Rücksichtnahme auf die Parteinteressen der Nationalisten führt uns innen- und außenpolitisch nur immer tiefer ins Chaos hinein.

In der Sonntagsnummer der „*Freiheit*“ hat Genosse Breitscheid den Brief einer wohlunterrichteten Persönlichkeit im neutralen Ausland zitiert, der, gestützt auf Informationen eines bekannten englischen Politikers Mitteilungen über die Strafmaßregeln machte, zu denen Frankreich nach dem 1. Mai möglicherweise greifen werde, wenn ihm von Deutschland keine neuen Vorschläge über die Wiedergutmachung unterbreitet würden.

Die „*Rote Fahne*“ wagt zu behaupten, daß Breitscheid seine Informationen nicht aus der von ihm genannten Quelle, sondern von der französischen Botschaft in Berlin empfangen habe. Sie beweist damit, daß sie in ihren Auseinandersetzungen mit den Unabhängigen vor keiner Lumperei zurückschreckt, und sie läßt gleichzeitig den starken Verdacht bei uns aufkommen, daß sie bei der Bearbeitung der Zuschriften, die sie erhält, selbst die Methoden der Zerschlagung anwendet, die sie uns nachsagt.

# Heute Zahlabend in Groß-Berlin!

## Drohung mit der Gewerkschaftspaltung

Der eine und der andere Richard Müller

Am vorigen Donnerstag hat in Halle eine Sitzung des Gewerkschaftsartells stattgefunden, um wieder einen ordentlichen Kartellvorstand zu wählen, damit der vom A. D. G. B. eingesetzte provisorische Vorstand seine Tätigkeit beenden kann. Der Vertreter des Vorstandes des A. D. G. B., Ernst Schulte (Berlin), hatte das Referat. Er setzte auseinander, daß den Kartelldelegierten und dem neuwählenden Kartellvorstand eine Erklärung zur Unterschrift vorgelegt werden müsse, in der sich die zu Wählenden verpflichten, „im Ortsausfluß nur nach den Beschlüssen der Gewerkschaftsversammlung, des Betriebsräteorgans und den Satzungen und Richtlinien des A. D. G. B. zu arbeiten“. Diese Verpflichtung schließt in sich die Anerkennung der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und ihrer Beschlüsse.

Nach einer lebhaften Aussprache hielt Schulte das Schlusswort. Er erklärte, daß die verlangten Garantien notwendig seien und sagte weiter nach dem Bericht unseres hiesigen Parteiorgans:

„Es bleibt (wenn die Unterschrift nicht in der Versammlung erfolgt) nur noch ein Weg übrig: Die Erklärung wird den Ortsvorständen überwiehen, und diese haben sie bei ihren Funktionen zur Anerkennung zu bringen. Der kommissarische Kartellvorstand erhält hiermit von dem Vorstand des A. D. G. B. den Auftrag, die Erklärung den Ortsvorständen zu übermitteln, damit diese sie ihren Kartellvertretern zur Unterschrift vorlegen. Mit den Gewerkschaften, die das ablehnen, können wir nicht mehr zusammenarbeiten. Die Organisationen, die dem A. D. G. B. angehören wollen, müssen dies bis spätestens 10. April dem kommissarischen Kartellvorstand erklären und bis dahin auch die Kartellbeiträge an den Kassierer Hermann Schlimme, Oranienstraße 10, abführen. Wenn das nicht geschieht, erhalten die betreffenden Organisationen keine Einladung zu den nächsten Sitzungen.“

Wir wollen uns einstweilen eines Urteils über die Frage, ob dieser Weg wirklich der einzige gangbare war, enthalten. Obwohl der A. D. G. B. aus den Statuten für die Ortskartelle das Recht zu einem solchen Vorgehen ableiten kann, sind wir dennoch der Meinung, daß zahlreiche Gründe gegen eine solche Maßnahme sprechen. Da indes die Wahl in der Tat nicht zustande gekommen ist, warten wir zunächst die weitere Entwicklung der Dinge ab.

Zumerkhin hat die Aufforderung zur Unterzeichnung einer solchen Verpflichtung den Vorteil gehabt, daß die Kommunisten offen mit ihren Ansichten herantreten. Richard Müller (Holzarbeiter), der schon während der Debatte erklärt hatte, daß das Verlangen des Vertreters des A. D. G. B. der Gipfel der Frechheit sei, und daß die Todesstunde der deutschen Gewerkschaften damit geschlagen habe, gab nach dem Schlusswort Schultes folgende Erklärung ab:

„Der heutige Tag bedeutet die Geburtsstunde des Industrieverbandes in Mitteldeutschland. Wir haben alles rechtlich erwogen, wir haben alles gründlich geprüft, wir sind hierher gekommen, um auch das Neuzerker zu wagen. Man will uns ein Diktat aufzwingen. Nun gut! Jahre hin, WGG! Jahre hin, gelbe Amsterdamer Internationale!“

Da der Mann selber sehr deutlich gesprochen hat, glauben wir auch dieser Erklärung nichts hinzusetzen zu müssen. Die Arbeiterschaft in Halle wird wissen, wie sie sich zu diesem „*Industrieverband*“ in Mitteldeutschland zu verhalten hat.

Da der Name Richard Müller der Berliner Arbeiterschaft ausfallen dürfte, wollen wir ausdrücklich betonen, daß dieser Richard Müller nicht identisch ist mit einem anderen Richard Müller, von dem in Berlin eine Zeit lang ganz unverdienter Weise in der Öffentlichkeit wiederholt die Rede war. Diesen Hinweis hatten wir auch deswegen für erforderlich, weil auch dieser letzte Richard Müller in der ersten Zeit seines öffentlichen Auftretens mehrfach die Todesstunde der Gewerkschaften und das Aufgehen der Gewerkschaften durch eine von ihm konstruierte Betriebsräteorganisation angekündigt hat, so daß auch aus diesem Grunde leicht der Irrtum entstehen könnte, diese beiden Richard Müller seien eine und dieselbe Person.

Dem ist nicht so. Über der Berliner Richard Müller interessiert uns dennoch in diesem Augenblick wieder einmal ein bißchen. Es wird nämlich bekannt, daß er, der in der V. R. P. D. zu den hervorragendsten Vorkämpfern der Zellenpropaganda in den Gewerkschaften gehörte, bei der pulchritüchlichen Zentrale dieser Partei in Ungnade gefallen und seines Postens in der kommunistischen Gewerkschaftszentrale entseht worden ist. Auf solche Art ist dieser Richard Müller durch die Ereignisse aufgeflogen worden, und darum halten wir uns doch für verpflichtet, seinem Andenken diesen Grabstein zu setzen. Es versteht sich, daß Richard Müller kürzen mußte, weil er, wohl seinem Lehrer Ernst Däumig folgend, gegen den jüngsten Putsch aufgetreten ist. Näheres wird vielleicht noch mitzuteilen sein.

## Beschlagnahme der „*Roten Fahne*“

Dienstag Vormittag wurde im Auftrage des Staatsanwalts Jäger die „*Rote Fahne*“ beschlaggenommen. Als Grund dafür wird die Veröffentlichung des Artikels „*Die Denkerjustiz*“ angegeben, der sich auf das Wirken der Ausschussgerichte bezieht. Gleichzeitig wurden Maschinenteile aus der Rotationsmaschine herausgenommen, um das Weitererscheinen der „*Roten Fahne*“ zu verhindern.

Wir können gewiß nicht in den Verdacht kommen, uns mit der Schreibweise der „*Roten Fahne*“ zu identifizieren. Gegen das Vorgehen der Staatsanwaltschaft aber, Maschinenteile aus der Rotationsmaschine zu entfernen und dadurch eine dauernde Beschlagnahme des Blattes, die mit einer schweren geschäftlichen Schädigung des Druckereibesizers verbunden ist, herbeizuführen,

erheben wir den stärksten Einspruch. Dieses Vorgehen ist unangeleglich. Es kann sich nur zu Unrecht auf jenen Paragraphen des Strafgesetzbuches stützen, der bestimmt, daß Gegenstände, die zur Begehung von Vergehen und Verbrechen dienen, beschlagnahmt werden können. Bisher ist auf Grund dieser Bestimmung von den Gerichten stets nur auf die Vernichtung der Platten und der Druckexemplare erkannt worden. Nie hat ein Gericht daran gedacht, daß sich diese Bestimmung dazu benutzen lasse, um große wertvolle Maschinen völlig ihrer Bestimmung zu entziehen.

Das Vorgehen der Staatsanwaltschaft ist deshalb die gesamtliche Presse den schwersten Gefahren aus. Wir fordern daher, daß diese Maßnahme rückgängig gemacht wird. Das Strafgesetzbuch bietet genügend Handhaben, Vergehen der Presse zu ahnden, der Versuch, mißliebige Zeitungen auf diesem Wege dauernd zu verbieten und geschäftlich zugrunde zu richten, muß von vornherein von allen gemißbilligt werden, für die der Grundsatz der Pressefreiheit nicht nur auf dem Papier steht.

## Bewirrungsbemühungen des „*Vorwärts*“

In der Morgenausgabe des „*Vorwärts*“ vom 12. April wird unter der Überschrift „*Amsterdamer Nachklänge*“ gegen Ausführungen, die *Languet* in der französischen Tageszeitung „*Populaire*“ und *Ledebour* in der „*Freiheit*“ vom 8. April gemacht haben, polemisiert. Dazu schreibt uns Genosse *Ledebour*:

„*Languet* hat mit vollem Recht getabelt, daß die Vertreter der sogenannten zweiten Internationale in Amsterdam in ihrem Entwurf die Entensforderung von dreißig Jahreszahlungen durch Deutschland aufgenommen haben. Denn eine solche langwährende Schuldnechenschaft Deutschlands würde die Wiederbelebung der deutschen Volkswirtschaft dauernd lähmen. Wir haben gerade mit voller Absicht den jährlichen Reparationszahlungen den Plan der geregelten Arbeitsleistung um Wiederaufbau Frankreichs entgegengelehrt. Da der „*Vorwärts*“ den Vorschlag unseres Vorschlags jetzt noch nicht eingelehen hat, lohnt sich für uns der Versuch nicht, ihn durch Wiederholung unserer Gründe eines besseren zu belehren.“

Das rechtssozialistische Blatt erhebt dann auch abermals Klage darüber, daß wir es überhaupt abgelehnt haben, mit Vertretern der zweiten Internationale gemeinsam zu verhandeln. In diesen Ausführungen bleibt der „*Vorwärts*“ seiner alten Praxis treu, mich persönlich zu beschimpfen. Ich lasse das natürlich auf sich beruhen. Da er aber den Versuch macht, es so darzustellen, als ob ich eigentlich allein gegen das Zusammenarbeiten mit der zweiten Internationale gewesen sei, stelle ich hiermit fest, daß ich am Tage vorher in Amsterdam ein Telegramm unserer Parteileitung aus Berlin erhalten hatte, in dem die Parteileitung der U.S.P. ausdrücklich gegen eine Zusammenarbeit mit der zweiten Internationale die Bewahrung einlegt. Ferner hatte die Dreiparteienkonferenz in Amsterdam nach gründlicher Aussprache den Beschluß gefaßt, daß wir uns auf eine gemeinsame Sitzung mit der zweiten Internationale nicht einlassen könnten. Wir alle waren uns darüber einig, daß, nachdem von unserer Seite Wochen vorher die Absicht einer Zusammenkunft in Amsterdam um jene Zeit zur Erörterung der Reparationsfrage kundgegeben wurde, hinter der gleichzeitigen Einberufung der zweiten Internationale der Plan stehe, uns auf Umwegen zu Verhandlungen zu nötigen, gegen die die Internationale Sozialistische Arbeitsgemeinschaft auf ihrer Konferenz in Wien ausdrücklich Bewahrung eingelegt hat. Daß dieses Manöver nicht gelungen ist, macht den Unwillen des „*Vorwärts*“ und seiner Hintermänner erklärlich. Aber er wird mit den Bewirrungsbemühungen nach Amsterdam ebenfowenig Erfolg haben wie mit den Bewirrungsbemühungen vor und in Amsterdam.

## Der Fall Nowarra

Herr Justizrat Rippsank sendet uns folgende Zuschrift: Von Ihren dreißig Fragen hoffe ich die beiden mich betreffenden zu Ihrer vollen Befriedigung beantworten zu können.

Ich bin seit Ende 1916 nebenamtlich juristischer Hilfsarbeiter beim Magistrat Berlin und war als solcher beim Tiefbauamt und bei der Bekleidungsstelle tätig. Der Bekleidungsstelle wurde später der Wirtschaftsbereich Groß-Berlin für Kleider-Verwertung angegliedert, und dieser veranlaßte die Gründung der R. V. G., deren vier Gesellschafter sehr bekannte Vereine von Kaufleuten und Gewerbetreibenden der Warenhaus-, Textil- und Bekleidungsbranche waren. Zu meinem Vezernat gehörte die juristische und verwaltungstechnische Bearbeitung aller aus dem Verlechte der R. V. G. mit dem Publikum einerseits, andererseits mit den verschiedenen Annahmestellen für alte Kleider und Schuhe in den einzelnen Kommunen sich ergebenden Differenzen, insbesondere also der Beschwerden des Publikums über zu niedrige Sühnungen der abgelieferten Sachen. Zur Vermeidung von Zeit und Bureauarbeit wurden diese Angelegenheiten vielfach mündlich besprochen, so daß ich die R. V. G. oft und regelmäßig aufsuchte. Dies führte dazu, daß ich auch in sonstigen Rechtsfragen von der Geschäftsleitung um Rat angegangen wurde und bei ihr die Stellung eines Syndikus bekleidete.

Ende Juni 1920 wurde der Geschäftsführer Nowarra plötzlich krank. Ich nahm die als ein kurzes Interimistum von vornherein gedachte Stellung eines Geschäftsführers an. Meine Beobachtungen, die ich in dieser Stellung machte, unterbreitete ich dem Stadtrat Maas und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Herrn Heumann, die daraufhin auch die Deutsche Revisionsgesellschaft mit einer Rekonstruktion beauftragten. Da diese langsam arbeitete und nichts herauskam, legte ich, nachdem inzwischen auch Nowarra wieder gesund geworden war, meine Stellung als Geschäftsführer nieder und lehnte auch jede Tätigkeit, die ein persönliches Zusammenarbeiten mit Nowarra erforderte, grundsätzlich ab. Ich habe mit der R. V. G. nur noch als Kodexerent des Wirtschaftsbereichs, und zwar schriftlich, seit November 1920 verkehrt, und nur einmal versucht, Nowarra persönlich zu sprechen. Dies geschah, weil ich in einem schwerenden Prozeß der R. V. G. über ein Objekt von 9000 M. durchaus ohne notwendige Information blieb und der Verhandlungstermin vor der Tür stand. Ich traf jedoch Nowarra nicht an. Dieser hatte einen Erholungsurlaub von mehreren Wochen angetreten.

Neue Verordnungen der Interalliierten Rheinlandkommission. Die Interalliierte Rheinlandkommission erließ eine Verordnung (Nr. 79), durch welche die Ausfuhr abgetriebener Viehstapfen aus dem besetzten Gebiet und ihre Einfuhr in dieses verboten wird. Eine weitere Verordnung (Nr. 80) regelt die Ausfuhr in den besetzten Gebieten. Danach ist das Überfliegen der besetzten Gebiete mit deutschen Flugapparaten oder mit Flugzeugen, welche mit deutschen Piloten besetzt sind, bis auf weiteres nicht gestattet. Neue deutsche Postverkehrsstationen dürfen in besetzten Gebieten nicht eingerichtet werden. Ferner ist das Überfliegen der besetzten Gebiete mit Apparaten, welche nicht den Bestimmungen entsprechen, ohne besondere Erlaubnis der Rheinlandkommission verboten.

Verklärung der russischen Sowjet-Armee. Wie das *„Stenodnit“* berichtet, hat die Sowjetregierung auf den Antrag Trotzki die Erhöhung des Standes der Sowjetarmee auf 1 1/2 Millionen Mann beschlossen.

# Theater und Vergnügungen

**Volkshühne**  
Vorstellung d. Hoff. Theaters:  
7 1/2 Uhr: Das Postamt  
Die Komödie der Irrungen  
7 Uhr:  
Kapitan Brassbands Bekehrung  
**Neues Volkstheater**  
Königsplatz 68  
7 1/2 Uhr: Jugendfreunde  
**Staatstheater.**  
Opernhaus  
7 Uhr: Fledermaus  
8 Uhr: Der Sturm  
Direktion: Max Reinhardt  
**Deutsches Theater**  
8 Uhr: Wenzel  
**Kammerpiele**  
7 1/2 Uhr: Der König d. Daunen-Kammer  
**Großes Schauspielhaus**  
Königsplatz  
7 1/2 Uhr: Der Kaufmann von Venedig  
(N. Abt. 1. u. 2. Abt.)  
**Theater L. B.**  
**Königsgräber Str.:**  
7 1/2 Uhr: Rugby  
Morgen: Kluge  
**Romödienhaus:**  
Abends 7.30 Uhr:  
Die Sache mit Lola  
mit Max Falkenberg  
**Berliner Theater:**  
Die Freitag geschlossen  
Sonnabend-Erstaufführung:  
Das Milliarden-Souper  
**Trionn-Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Rosen**  
von Hermann Sudermann  
(Olga Limburg, Carola Toebe,  
Räbe Haas, Falkenberg,  
Waldtraut, Schrott, Sandom)  
**Residenz-Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Das Privileg**  
(Paul Wegener, Lucie Fildich,  
Jilka Brünig, Ad. Eger, Eick)  
**Kleines Theater**  
Unter den Linden 44  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Calanovos Sohn**  
**Komische Oper**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Luderchen**  
**Rose-Theater**  
7 1/2 Uhr:  
**Das Tal des Lebens**  
**Thalia-Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Mascottchen**  
**Theater**  
am Rollendorfsplatz  
7 1/2 Uhr:  
**Wenn Liebe erwacht...**  
**Walhalla-Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Fledermaus**

**Leffing-Theater**  
Direkt: Victor Barnowski  
7 1/2 Uhr: **Flamme**  
(Dorsch, Hartmann, Klein-Rogge,  
Wallber)  
Donnerstag 7: Zum 1. Male:  
Von Morgens bis Mitternachts  
Freitag 7 1/2 Uhr: Beer Ogant  
Sonnabend und Sonntag 7 1/2 Uhr:  
Von Morgens bis Mitternachts  
Montag 7 1/2 Uhr: Ein Ideal-Gatte  
**Deutsch. Stimm-Theater**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Die Marquise von Arcis**  
(Konstantin, Weiss)  
**Casino-Theater**  
**Bollrich & Sohn**  
Sonntag 7 1/2 Uhr: Hölle und Paradies  
**Jolies Caprice**  
am Dramenburger Tor  
im Waldpark  
mit Herb. Gründler  
**7 1/2 Apollotheater 7 1/2**  
Friedrichstraße 218  
Gastspiel des Wiener  
Theaters mit  
**Erich Kaiser - Titz**  
sowie  
3 weitere Sensationen  
**Theater a. Kottb. To**  
Tel. Moritzplatz 160 77  
Tägl. 7 1/2 u. 9 Uhr. Preis  
Sonntag  
nachm. 3 Uhr:  
**Eile-Sänger**  
Hervorragendes  
April-Fest-Programm  
Vorverk. 11-12 u. 4-6 Uhr  
**METROPOL**  
Königsplatz 34  
Tägl. 7 1/2 Uhr:  
**12 Schiager**

**STEIDL-THEATER**  
Moitzplatz  
(früher Duggenbogen)  
Dir.: S. Wreschinski  
Täglich:  
Fritz Steidl-Sänger  
Fritz Steidl, Kurt Reising,  
Max Grothe, Rob. Stephan  
u. a.  
Zum Schluss:  
Griechische eines Verlobten  
Liktade von Fritz Steidl  
Häusel-Grotheater, Anf. 7 1/2 u.  
Freitag inkl. Sonnt.  
von 10-6.50 Mk.  
Sonntag-Nachmittagsvorst.  
halbe Kassenpreise  
Vorverkauf täglich  
von 11-12 u. 4. Kasse  
**Residenz-Kasino**  
Blumenstraße 10  
Täglich:  
**BALL**

**Briefmarken**  
kauft Großmann, Johannisstr. 4.  
Zugang n. d. Friedrichstr. (Nr. 108) Norden 106 21

**Gold-, Silber- und Platin-**  
Gegen, Abfälle und Bruch sowie Quecksilber  
kauft zu r. e. n. Tagespreis zu  
**Ratzlaff & Zimmer**  
Vintenstraße 93

Kriegsanleihe wird zu 84% in Zahlung genommen!

## 2 billige Tage!

### 10 Sonderangebote!!

1 Seidenglanz-Popelinmäntel 193.50	2 Covercoatmäntel, Herrenform 304.-
3 Impr. eldenmäntel . . . 335.-	4 Mantelkleider u. Kostüme 437.-
5 Modell-Restüme . . . 512.-	6 Plüschmäntel . . . . . 615.-
7 Pelzmäntel . . . . . 2475.-	8 Gummimäntel . . . . . für Damen 251.-
9 Stofftöcke . . . . . 66.-	10 Strickjacken . . . . . für Herren 317.-
	blau 45.-
	Sport 217.-

Original-Modelle in Mänteln u. Kleidern  
auffallend billig!

# Westmann

1. Geschäft: Berlin W  
Mohrenstraße 37a  
2. Geschäft: Berlin NO  
Gr. Frankfurter Str. 115

Das  
**Milliarden-**  
**Souper**  
wird am Sonnabend, den 16 April,  
zum ersten Male im Berliner  
Theater öffentlich serviert  
New York-Berlin, im April 1921.

**Pelz-**  
**Aufbewahrung**  
einschließlich  
Pflege und Versicherung.  
Vollste Gewähr gegen  
**Motten-**  
**schaden**  
Kostenlose Abholung  
**Maassen** G. m. b. H.  
Oranienstr. 165 Leipzig Str. 42

**Anzüge**  
Covertcoats, Cutaways, Hosen, Verkauf:  
enorm billigen Preisen. Keine Lombardwaren  
**Leihhaus Friedrich-Strasse N. 2**  
Ankauf und Gabeung jeder Wertsache

**Spezial-Arzt** Dr. Seidl für alle Geschlechts-  
krankheiten, Haut-, Horn-, Frauenleiden,  
Blutunterlaufungen, Schindeln, Syphilis,  
Mannschwäche, Weissfluss, Blasenentzündung,  
Spezial-**Dr. A. Löser sen.** Infinit „Vöfer“ groß  
Nur Rosenthalerstr. 69-70 Rosenhaller Platz.

**Spezial-Arzt** Dr. Jaffe für Geschlechts-  
krankheiten, Haut-, Horn-, Frauenleiden,  
Blutunterlaufungen, Schindeln, Syphilis,  
Mannschwäche, Weissfluss, Blasenentzündung,  
Spezial-**Dr. O. Löser, Münzstr. 9**  
nahe Alexanderplatz, 9-1, 4-8, Sonntags 9-1, Damen leinort

**Geschlechtsleiden**  
Harnröhrenleiden, triach und speziell veraltet, Syphilis,  
Mannschwäche, Weissfluss, Behandlung ohne Bewusstseins-  
Dr. med. **Dammann Heilandstr.**  
Berlin N 6, Putz am St. anno 123 B.  
Sprachstunden: 9 bis 11, 3 bis 5, Sonntag 10 bis 11.  
Behr. Besuch mit zahlr. Dankschr. u. Angabe bewährter Heil-  
mittel ohne Quecksilber u. andere Gifte gegen M. l. - diskret in  
verschl. Doppelbriefe ohne Besunder. Leiden genau angeben

**Dr. med. Meyenberg**  
n. Dr. Ritter, G. m. b. H. Haut-, Horn-, Frauenleiden,  
Blutunterlaufungen, Schindeln, Syphilis, Mannschwäche,  
Blasenentzündung, Spezial-**Dr. O. Löser, Münzstr. 9**  
nahe Alexanderplatz, 9-1, 4-8, Sonntags 9-1, Damen leinort

**Ein grosser Fund**  
mehr 10 Jahre alte, er-  
graben, neuwertig, sofort  
zu verkaufen, Farbe sehr  
unverwundbar, jeder d. mein  
gar unbeschädigt. „Alcolor“  
in all. Farben erhältlich. P.  
11, 16 u. 16. Otto Reich  
Berlin 46 Eisenbahnstr.

**Bettmässen**  
Bettwäsche, Bettdecken,  
Kissen, etc. etc.  
Preis 2.50 Mark  
Organisation u. Preisermäßigung  
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2,  
Preite Straße 8-9

**Schlafzimmer**  
eichenes, komplett 3850,-  
weisses, 2000,-  
Eisen-  
schlafzimmer, runder, gebogene  
Bettstühle 4000,-  
Spezial-  
zimmer, sehr gute Ausfüh-  
rung 4500,-  
Küchenschrank 1200,-  
Mark.  
Viele Gelegenheitskäufe  
in kleineren Zimmereinrich-  
tungen und Einzelstücken  
zu enorm billigen Preisen.  
**Hans Lennert**  
Lothninger Str. 55  
am Potsdamer Platz.  
Wider, Kuchel, Wand-  
schmuck mit und ohne Rahmen  
kauft man in der Buchhandlung  
„Freiheit“, Weite Straße 8/9.

Kaufen Sie  
**Dixin**  
von Henkel  
besles  
**Seifenpulver**  
Preis Mk. 2.25 das Paket.  
Alleinige Fabrikanten:  
**Henkel & Cie., Düsseldorf.**

**Kleide Dich billig, elegant!**  
im Leihhaus Moritzplatz 58a  
Jacken A. D. e. G. away, U. I. F.  
teile auf Seide, früher bis 1200 Mk. jetzt  
für 400-500 Mk. Ferner Damen-  
Kostüme, Mäntel, enorm billig!  
Nach besonderer Saison 50% herab-  
gesetzt. Kreuzfäden, Zettel-, Blau-,  
Weiß-, Silberfäden. Keine Lombardwaren.

**Gold PLATIN Silber**  
alle Gebisse, Kronen, Kontakte usw.  
Infolge ehrl. Verbindung kann ich - wie 1910 20 - ein-  
kassige Preise zahlen! - Stoffe weisse Fahrgeldvergütung.  
Berlin 6., Stallhüterstraße 17 ptr., Ecke Magdalenenstraße  
**VOGLER**

**Tod u. Teufel**  
30 Jahre einzig bewährt.  
Reichels Spezialmittel von enormer Stärke  
wirken durchgreifend und mit vernichtender Kraft.  
**Wanzen-Fluid „Radikal“**  
Fl. M. 3.50, 6.50, 9.50, 13.50  
**Schwaben-Poudre „Martial“**  
Pack M. 2.-, 3.50, 7.-, 13.50 Pfund 40  
**Motten-Pulver** unvergänglich  
Pack M. 2.50, 5.-, 10.-, Pfund M. 20.-  
Anerkennungen aus aller Welt.

**Otto Reichel, Berlin 46, Eisenbahnstr. 4.**  
Farnspruch-Anschlüsse: Moritzplatz 4701, 4702, 4703  
Man würde Ersatzmittel und nehme in der  
Drogerien der echten Orig.-Packungen  
mit der allein Wirkbarkeit verbürgenden Marke

**Säle**  
für Versammlungen, 50-200 Personen  
Gute Verpflegung u. Hackescher Hof,  
Rosenthaler Str. 40-41 u. Norden 2215

**Glühlampen**  
Halbwattlampen und Spezial-  
Electro-Innen- u. Material-  
kauft  
Schröder Bernauer Str. 101  
Fabrikgeb. III

**Alexander Stein**  
**Agrarfrage und Sozialismus**

Aus dem Inhalt:  
Die politische Situation / Der wirt-  
schaftliche Weg nach wischen Stad und  
Land / Die Hoffung auf dem  
Land / Die Agrarfrage und die Par-  
teien / Die Stellung der Agrarfrage  
Sozialdemokratie  
Preis 2.50 Mark  
Organisation u. Preisermäßigung  
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2,  
Preite Straße 8-9

**Kapitän-Kautabak**  
wieder erhältlich in der früheren guten Qualität zu beziehen  
durch die bekannten Verkauftellen  
C. Köhler, Berlin, Lichterberger Str. 22. Tel. 1361

Demnächst erscheint!  
**Russische Korrespondenz**  
Nummer 3/4  
Aus dem Inhalt: N. Lenin: Die gegenwärtige Lage Russlands (Rede auf dem X. Kongress der  
Kommunistischen Partei Russlands, März 1921) / Karl Radek: Der X. Kongress der Kommunistischen Partei  
Russlands / Materialien zur Frage des Parteiaufbaus / Materialien zur Gewerkschaftsfrage  
Karl Radek: Die innere und äußere Lage Russlands und die Aufgaben der kommunistischen Partei  
Russlands / Die Erklärung von Konzeptionen an das ausländische Kapital (mit drei Noten).  
N. Lenin: Das Verhältnis der Arbeiterklasse zum Bauernstand (Rede auf dem X. Kongress der K. kommunistischen  
Partei Russlands) / O. Kamenev: Die Sowjetrepublik in der kapitalistischen Umwälzung usw. / Karl Radek:  
Krawatski / H. Kukur: Notizen der außerordentlichen Tätigkeit der Sowjetregierung. / St. Wogdanow:  
Die Bauernvereinigungen in Sowjet-Russland Ende 1920 usw. / Illustrationen: fünf Plakate (Mehrheitsbeschluss).  
Preis Mark 6.00  
Erscheinungen sind zu richten an Frankes Verlag G. m. b. H., Leipzig

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder  
gestorben sind:  
Der Einrichter  
**Alfred Joseph**  
am 9. April. Die Beerdigung findet am Donnerstag,  
den 14. April, nachmittags 1/2 Uhr, im Krematorium,  
Baumschulenweg, statt.  
Der Verhänger  
**Erich Stolz**  
am 6. April. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den  
14. April, nachmittags 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des  
Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Bege Beteiligung wird erwartet.  
**Nachruf.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der  
Arbeiter  
**Karl Förderung**  
am 4. März gestorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Ortsverwaltung.

**Zeichfeldstecher**  
6- und 8-fach, leicht handig  
**M. Stockmann,**  
Berlin W 9, Potsdamer Str. 135  
Tel. 923 92

**Geld**  
für jede Verleumdung, höchste An-  
kaufpreise für Pfandbriefe,  
Bilanzen, Goldgegenstände,  
Treppe, Bücher usw. Wolff,  
Friedrichstr. 41, III. Ecke Koch-  
straße.

**Rupfer**  
**Messing / Blei**  
u. s. w.  
von Händlern u. Privaten  
**Ankauf**  
Rollendorfsstr. 39

**Zinn, Lagermetall,**  
Quecksilber  
auch andere Metalle leicht  
tauchen in allen Quantitäten  
Verlach & Volgt, Groß-Ohl.  
Dresdenerstr. 13-14 u. Tel. 125 23

**Westmanns**  
Trauer-Magazin  
Große Auswahl.  
Billige Preise.  
I. Mohrenstr. 37  
(Kolonnaden)  
II. Or. Köhler Str. 115  
(nahe Unter den Linden)  
Auswahlreichen (sel.  
Kass. Zentrum 7800  
Sonntags geschlossen).

**Möbel sehr billig**  
auch auf Kredit  
in den kleinsten Zahlungsbedingungen  
vieler frei Haus - vieler auch auswärtig.  
**Möbel-Groß**  
Große Frankfurter Straße 141  
Invalidenstr. 5, Eingang Kaiserstr.

Groß-Berlin

Mußte das sein?

Sie sprachen über die letzten Ereignisse, über die „Freiheit“, über die U. S. P. D. und über die Kommunisten.

Wie gefällt es gar nicht, daß die „Freiheit“ ständig die Kommunisten angreift.

Wieher freud! Was soll sie machen? Soll sie schweigen, wenn gegen sie vorgegangen wird?

Ja, wenn es so ist!

Die Arbeiter haben den Büsch veranfaßt. Sollte die „Freiheit“ dazu ganz still sein, sollte sie die Arbeiter nicht warnen?

Ja, dann wäre das Unheil noch weit umfangreicher geworden. Die Arbeiterklasse kann froh sein, daß die U. S. P. D. so handhaft gelitten ist.

Wie leicht wäre es doch anders gekommen, wenn die U. S. P. D. mitgemacht hätte.

Ja, dann wäre das Unheil noch weit umfangreicher geworden. Die Arbeiterklasse kann froh sein, daß die U. S. P. D. so handhaft gelitten ist.

Wie leicht wäre es doch anders gekommen, wenn die U. S. P. D. mitgemacht hätte.

Ja, dann wäre das Unheil noch weit umfangreicher geworden. Die Arbeiterklasse kann froh sein, daß die U. S. P. D. so handhaft gelitten ist.

Wie leicht wäre es doch anders gekommen, wenn die U. S. P. D. mitgemacht hätte.

Ja, dann wäre das Unheil noch weit umfangreicher geworden. Die Arbeiterklasse kann froh sein, daß die U. S. P. D. so handhaft gelitten ist.

Wie leicht wäre es doch anders gekommen, wenn die U. S. P. D. mitgemacht hätte.

Ja, dann wäre das Unheil noch weit umfangreicher geworden. Die Arbeiterklasse kann froh sein, daß die U. S. P. D. so handhaft gelitten ist.

Wie leicht wäre es doch anders gekommen, wenn die U. S. P. D. mitgemacht hätte.

Ja, dann wäre das Unheil noch weit umfangreicher geworden. Die Arbeiterklasse kann froh sein, daß die U. S. P. D. so handhaft gelitten ist.

Wie leicht wäre es doch anders gekommen, wenn die U. S. P. D. mitgemacht hätte.

Ja, dann wäre das Unheil noch weit umfangreicher geworden. Die Arbeiterklasse kann froh sein, daß die U. S. P. D. so handhaft gelitten ist.

Wie leicht wäre es doch anders gekommen, wenn die U. S. P. D. mitgemacht hätte.

Ja, dann wäre das Unheil noch weit umfangreicher geworden. Die Arbeiterklasse kann froh sein, daß die U. S. P. D. so handhaft gelitten ist.

Wie leicht wäre es doch anders gekommen, wenn die U. S. P. D. mitgemacht hätte.

Ja, dann wäre das Unheil noch weit umfangreicher geworden. Die Arbeiterklasse kann froh sein, daß die U. S. P. D. so handhaft gelitten ist.

Wie leicht wäre es doch anders gekommen, wenn die U. S. P. D. mitgemacht hätte.

Ja, dann wäre das Unheil noch weit umfangreicher geworden. Die Arbeiterklasse kann froh sein, daß die U. S. P. D. so handhaft gelitten ist.

Wie leicht wäre es doch anders gekommen, wenn die U. S. P. D. mitgemacht hätte.

Ja, dann wäre das Unheil noch weit umfangreicher geworden. Die Arbeiterklasse kann froh sein, daß die U. S. P. D. so handhaft gelitten ist.

Wie leicht wäre es doch anders gekommen, wenn die U. S. P. D. mitgemacht hätte.

Ja, dann wäre das Unheil noch weit umfangreicher geworden. Die Arbeiterklasse kann froh sein, daß die U. S. P. D. so handhaft gelitten ist.

Wie leicht wäre es doch anders gekommen, wenn die U. S. P. D. mitgemacht hätte.

Ja, dann wäre das Unheil noch weit umfangreicher geworden. Die Arbeiterklasse kann froh sein, daß die U. S. P. D. so handhaft gelitten ist.

Wie leicht wäre es doch anders gekommen, wenn die U. S. P. D. mitgemacht hätte.

daß Mitglieder des kommunistischen Aktionsausschusses der Leuna-Werke heimlich flohen und die irreführenden Arbeiter im Stich ließen.

Dann werden wohl die Kommunisten ein dummes Gesicht machen. Oder schimpfen! Nicht wahr?

Völker-Frühling

Völkerfrühling, Weltfeiertag! Massen strömen herbei. Von einer Idee geleitet, von Kampfesfreude und Zuversicht erfüllt, feiert die Arbeiterklasse in allen Ländern am 1. Mai das Fest der Verbrüderung und des Völkerfriedens.

Zeichen der Zeit

In den Kammerkellern im Südwesten Berlins soll die Generalversammlung der Freidenker stattfinden.

Vor dem Eingang eines Saales stehen zwei fromme Schwestern und verteilen ebenso fromme Traktüchen. Da ich nun annehme, die Traktüchchenverteilerin sah in den Besuchern der Freidenkerversammlung die geeigneten Objekte für ihre frommen Angriffe, so glaubte ich mich vor der richtigen Schmiede und begab mich in den Saal.

Anwesend waren 200-300 Personen, Männlein und Weiblein. Erstere vorwiegend, mit einem Bündchen geschmückt, von dem ich annehme, daß es nach dem ersten Teil des Abends für den weniger ersten Teil als Ausweis dienen sollte.

Ich bekam nun doch Zweifel, ob ich an dem von mir gewünschten Ort sei, dies um so mehr, als auch die Sipos einen großen Teil der Besucher stellte. Wenn ich nun auch annehme, daß unter den Angehörigen der Sipos manch einer sich befindet, dem wenigstens das AB der Arbeiterbewegung im allgemeinen und auch vielleicht der Freidenkerbewegung im besonderen bekannt sein mag, so hielt ich doch ein derartiges Interesse für unmöglich.

Da ich auf meine Fragen keine genügende Antwort bekam, richtete ich meine Aufmerksamkeit nach dem Vorstandssitz. Neben ehemaligen Unteroffizieren ein ansehendes aus dem „Stahlbad“ hervorgegangener Reserveoffizier, der mit schnarrender Stimme auf die anhängig kauflustenden einsprach.

„Meine Damen und Herren, wie einst jener Jüngling vor 200 Jahren aus Holland kam, um hier das Szepter zu ergreifen, so wird in nicht zu ferner Zeit unser Kronprinz wieder aus demselben Holland seinen Einzug halten und unter dessen Führung werden wir dann — — —“

Die weiteren Worte gingen in dem erwähnten Beifall verloren. Da ich nun auch noch meine Pflicht in einer anderen Versammlung erfüllen wollte, mußte ich diese „angenehmen“ Zeitgenossen verlassen und konnte nur am Ausgang des Saales noch erfahren, daß in dem Raum eine Versammlung Nationalgefingter tagte.

„Nationalgefingter“ aber bedeutet in solchem Falle: Nichts, aber auch gar nichts aus den Ereignissen gelernt zu haben!

Mit der Wenderung der Geschäftsordnung der Berliner Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich ein Stadtverordneten-Ausschuß unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Dove.

Der Untergrundbahnbau am Kollendorfsplatz ist nunmehr soweit vorgeschritten, daß in der Kleiststraße bis zur Eisenacher Straße die Bauarbeiten beendet werden können und die Straße selbst teilweise in den früheren Zustand zurückverkehrt werden konnte.

Der Untergrundbahnbau am Kollendorfsplatz ist nunmehr soweit vorgeschritten, daß in der Kleiststraße bis zur Eisenacher Straße die Bauarbeiten beendet werden können und die Straße selbst teilweise in den früheren Zustand zurückverkehrt werden konnte.

Der Haushaltplan der städtischen Schnellbahnen ist von der Verkehrsdeputation für 1921 beschlossen worden. Der Betrieb der Schnellbahnen wird 3 081 000 M., der der Wilhelmsdorfer Straße 2 617 300 M., zusammen 5 698 300 M. bringen.

Berliner Schnellbahnen ohne Zukunft. Die städtische Verkehrsdeputation hat, wie wir erfahren, in ihrer letzten Sitzung beschlossen, eine Verlängerung der der Stadt Berlin erteilten Konzession für die Benutzung der Leipziger Straße durch die Schnellbahn Moabit-Görlitzer Bahnhof zu beantragen.

Die Deputation für das Schulwesen hat für Groß-Berlin heute den Beschluß gefaßt, daß Schulanlagen und Schulhöfe für die Winterzeit ohne Schwierigkeit freigegeben werden.

Die Auszahlung der Milchzulagen erfolgt vom 1. April 1921 ab durch die Säuglingsfürsorgestellen für diejenigen hilfsbedürftigen Personen, die dort ihre Kinder vorstellen oder sonst bekannt sind, durch das Vormundschaftsamt der Stadt Berlin an diejenigen Schwangeren, die dort in Fürsorge stehen.

Zusatzgabe. Auf Abschnitt 81 und Abschnitt 82 der Berliner Zuckerkarte werden in der Zeit vom 1. bis 15. Mai und vom 16. bis 31. Mai 1921 je ein Pfund Verbrauchszucker zum Inlandzuckerpreis abgegeben.

Die sommerliche Wärme hat über Nacht eine Blütenpracht hervorgebracht, wie sie selten um diese Zeit in Berlin beobachtet worden ist.

4. Verwaltungsbezirk (Preussener Tor). (9., 10., 12., 13. Distrikt). Kommunale Kommission Freitag, den 15. April, abends 7 Uhr, Schulaula Greifenbager Str. 20, Volksversammlung.

17. Verwaltungsbezirk (Lichtenberg). Fraktion und Kommunale Kommission Donnerstag, den 14. April, abends 7 Uhr, Vortrag des Genossen Bühl über „Arbeit und Gewerbe“.

Verwaltungsbezirk 17. Lichtenberg, Friedrichsstraße usw. Heute, Mittwoch, 4 1/2 Uhr, Zimmer 31 des Rathauses in Lichtenberg, Fraktionsstunde.

Charlottenburger Beratungsstelle für Geschlechtskranke. Die Sprechstunden finden im Charlottenburger Krankenhaus, Kirchstraße 19-20, sowohl für Männer wie für Frauen (nach Geschlechtern getrennt) Montags und Donnerstags von 8-9 Uhr abends und Mittwochs und Sonnabends von 12-1 Uhr mittags statt.

Die zur Ablesung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsmeter oder zur Kontrolle dieser oder sonstiger städtischer Apparate in den Wohnungen der Konsumenten gelangenden Angestellten und

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Was dem Manuskript übergeben von Germania zur Mailen

Copyright by Der Malis-Verlag Berlin-Galenslee 1921

(Hörbuch verboten.)

Stundenlang mußte Peter Erzählungen lauschen, die die Verbrechen der Reichen und das den Armen angetanene Unrecht behandelten. Er war verurteilt worden, fünfzehn Tage und fünfzehn Nächte dem Geschwäch der Sozialisten zuzuhören.

In einer derartigen Umgebung ward Peters Ausbildung als Detektiv gleichsam mit Gewalt vollendet. Er lauschte angestrengt, wagte zwar nicht, Notizen zu machen, bewahrte jedoch in seinem Geiste neue Wissensschätze.

Peter bemerkte gar bald, daß Mc Givneys Plan ein glänzender gewesen war. Peter war nun ein Held und Märtyrer, seine Stellung im linken Flügel gesichert; hätte einer gewagt, ein Wort wider ihn zu sagen, er wäre strenge gerügt worden.

stehenden Lagerhaus wohnten, das zufällig Oberlichtfenster hatte. Derart wurde jeder Raum darin zu einer Art Atelier. Einige Kabinette hatten hier Zimmer gemietet und verbrachten hier ein Biederleben, das, wie Peter erfuhr, „bohemia“ genannt wurde.

Von diesen Leuten hörte man die revolutionärsten Aussprüche, doch erkannte Peter bald, bei ihnen bliebe alles bei den Worten. Sie befähigten ihre Müt mit wilden Farbenreden oder tollen Tönen auf dem Klavier.

Diese letzteren traf man in der sozialistischen Lokalguppe, im Hauptquartier der J. W. W., in verschiedenen Klubs und Vereinigungen, in denen Peter als Mitglied stets willkommen war.

gewaltigen Fragen gegenüberstanden. Peter war befohlen worden, sich den radikalsten Antimilitaristen anzuschließen; ihr Vertrauen mußte er gewinnen, sie waren die gefährlichen Elemente der Bewegung, und Mc Givneys Streben ging dahin, so viel Zwischenfälle wie möglich zu veranlassen.

Auch im Hauptquartier der J. W. W. tobte der Kampf. Sollte man streiken und die Hauptindustrien des Landes lahmlegen? Oder war es besser, einfach weiter zu organisieren und agitieren, bis das Proletariat von selbst des militärischen Abenteurers überdrüssig wurde?

Peter kam auch mit den Pazifisten zusammen, mit dem „Rat des Volkes“, wie sie sich nannten. Viele derselben waren fromme Leute, darunter einige Geistliche, Donald Gordon, der junge Quäker, und eine große Anzahl Frauen.

Er besuchte eine Pazifistenversammlung im Hause eines Schullehrers. Herzzerreißende Reden wurden gehalten, schließlich erhob sich die kleine Ada Ruth, die Dichterin, und fragte, würde alles wieder bei leeren Worten bleiben, oder wollten sie sich endlich organisieren?

Der Genosse Peter wurde aufgedeckt, seine Worte zu sprechen; er erklärte, er sei kein Redner außerdem sprächen Taten lauter als Worte, und er habe versucht, seine Überzeugung durch Taten zu beweisen.

(Fortsetzung folgt.)





# Die Lage im Bergbau

Von Julius Hofmann

Am 21. Februar vergangenen Jahres wurde zwischen Regierung, Bergwerksunternehmern und den Organisationen der Bergarbeiter ein Uebereinkommen abgeschlossen, das den Zweck hatte, der damals so starken Kohlennot Abbruch zu tun. Es soll gleich hier betont werden, daß die Bergarbeiter diesem Abkommen unsympathisch gegenüberstanden, weil sie, und nicht mit Unrecht, befürchteten, daß durch dieses Abkommen von irgendeiner Seite der Versuch unternommen werden könnte, die Siebenstundenschicht im Bergbau und daraus folgend den Achtstundentag zu durchbrechen.

Wie recht die Bergarbeiter mit ihrer Befürchtung gehabt haben, beweist der vor kurzem in Dortmund gefällte Schiedsspruch. Man glaubte, ihn dadurch schmählicher zu machen, daß man eine protokollierte Erklärung anginge, in der von der Regierung verlangt wird, daß bis zum 15. April 1921 ein Gesetzesbeschluss den gesetzlichen Körperlichkeiten vorgelegt wird, der die siebenstündige Arbeitszeit im Steinkohlenbergbau unter Tage festlegt. Daß die Bergarbeiter solchen Versprechungen der Regierung nicht mehr viel trauen, darf man ihnen nach den bisher gemachten Erfahrungen wirklich nicht verübeln. Ich erinnere nur an die Versprechungen der Regierung in der Sozialisierungsfrage des Bergbaues.

Doch sehen wir uns den Dortmund Schiedsspruch einmal etwas näher an. Zunächst die Herren Sachverständigen. Ich selbst kenne sie persönlich und bin überzeugt, daß sie ihr Gutachten nach bestem Wissen und Gewissen abgegeben haben. Aber kennt man bei der Regierung nicht das Ministerium, daß die Bergarbeiter gegenüber den Herren Berghauptmännern, Oberberg- und Bergräten bis heute noch haben? Wenn nicht, so möchte ich die Regierung an die Eingaben der Organisationen der Bergarbeiter, Arbeitskammer usw. erinnern betreffend Abschaffung der Berggewerbesteuern, (deren Vorstände immer Bergregierungsbeamte sind), worin auch auf die Gründe dieses Mißtrauens hingewiesen worden ist. Oder glaubt man wirklich, daß diese Herren den Zehenden nicht näher ständen als den Bergarbeitern? Wenn man Sachverständige hinzuzieht, so soll man dabei nicht so einseitig verfahren, wie geschehen ist.

Nun zu den einzelnen für uns in Betracht kommenden Punkten des Abkommens. Der schwerwiegendste und für die Bergarbeiter unannehmbarste ist Punkt I, der folgendermaßen lautet:

„Zum 14. März 1921 wird an vier Tagen in der Woche an die Siebenstundenschicht je eine Stunde Ueberarbeit angeknüpft, worfür ein Lohnzuschlag von 100 Prozent gewährt wird.“

Punkt II lautet:

„In Verbindung damit werden folgende Lohnzuschläge je Schicht für alle Arbeiter unter und über Tage gewährt:  
8.— Mark für alle über 20 jährige,  
6.— „ „ 18—20 jährige,  
4.— „ „ alle 16—18 jährige,  
3.— „ „ alle 14—16 jährige Arbeiter.“

Während bis jetzt wöchentlich zweimal eine halbe Ueberarbeit verfahren wurde, im ganzen also 7 Stunden pro Woche, sollen von nun an nur noch 4 Stunden Ueberarbeit wöchentlich geleistet werden. Dadurch entsteht den Bergarbeitern ein Mindererwerb für 3 Arbeitsstunden zusätzlich 100 Prozent. Nehmen wir den täglichen Durchschnittslohn der Hauerklasse mit 60.— Mark an, so ergibt sich ein wöchentlicher Lohnverlust von 51,40 Mark. Diesem Verlust gegenüber steht die in Punkt II zugewilligte Lohnerhöhung von 8.— Mark pro Schicht, die ungefähr den durch die Verkürzung der Ueberarbeiten eingetretenen Lohnverlust wegt macht.

So weit, so gut; aber jetzt kommt der Pferdeschuh. In Punkt I heißt es nämlich, daß die 4 Ueberstunden auf 4 Tage in der Woche verteilt werden sollen. Hier ist wieder dem Wunsche der Unternehmer Rechnung getragen worden und die Befürchtungen der Arbeiter sind eingetreten. Die Verkürzung von Ueberarbeiten wird bisher paßt den Unternehmern schon lange nicht. Bei jeder Verhandlung wurde versucht, die Ueberarbeitenfrage in dem Sinne zu regeln, wie es in dem jetzt gefällten Schiedsspruch geschehen ist. Würden die Arbeiter darauf eingehen, so wäre der nächste Versuch der, auch den zwei noch fehlenden Schichten die achte Stunde anzuhängen. Und dann? Dann ade, du Achtstundentag, den ja Unternehmer wie Regierung lieber heute wie morgen beiseitigen möchten.

Darum dürfen die Bergarbeiter unter keinen Umständen diesen Schiedsspruch annehmen, und ich glaube feststellen zu dürfen, daß sich die Bergarbeiter in dieser Frage einig sind. Bis jetzt haben alle stattgefundenen Belegschaftsversammlungen, die zu dieser Frage Stellung genommen haben, einmütig das Verfahren der achten Stunde abgelehnt.

Die Kohlennot scheint auch gar nicht mehr so groß zu sein. Von anderen Merkmalen abgesehen, verweise ich nur auf einen Artikel der „Bergwerkszeitung“ vom 3. April 1921, in dem gesagt wird, daß nach Meinung namhafter Großindustrieller in absehbarer Zeit ein Ueberfluß an Kohlen auch in Deutschland sein wird.

Als das Ueberarbeitenabkommen abgeschlossen wurde, ist auch von allen Seiten anerkannt worden, daß es nur für eine kurze Zeit Geltung haben sollte. Es wurde darauf hingewiesen, daß 1. in dieser Zeit auf den Gruben genügend Leute eingestellt und angelehrt und 2. die Unternehmer Zeit gewinnen sollten, die technischen Mittel auf den Zechen zu verbessern, um dadurch die Kohlenförderung zu heben.

Ist nun von den Unternehmern in dieser Hinsicht getan worden, was getan werden konnte? Die Bergarbeiter sagen mit Recht, daß dieses nicht der Fall sei. Immer und immer wieder hört man von den Betriebsräten, das alles, was von ihrer Seite zur Hebung der Förderung auch vorgeschlagen werde, bei den Verwaltungen auf den größten Widerstand stoße. Schuld daran tragen die Parteien, die das Betriebsrätegesetz so ausgestaltet haben, daß die Betriebsräte in allen diesen Fragen nichts zu sagen haben. Ebenso besteht auch heute noch wie früher die üble Gewohnheit, die zu allem andern nur nicht zur Hebung der Arbeitsfreudigkeit beiträgt: den Kameraden, die etwas über

den Durchschnittslohn verdienen, im letzten Drittel des Monats allerhand Schwierigkeiten zu bereiten, um den Lohn zu reduzieren. Daß dieses auf Kosten der Kohlenförderung geschieht, ist selbstverständlich.

Es soll zugegeben werden, daß die Zahl der Belegschaften stark gesteigert worden ist; aber das allein genügt absolut nicht. Während früher die Zahl der Arbeiter, die direkt mit der Kohlegewinnung beschäftigt waren, rund 50 bis 51 Prozent der Belegschaft ausmachte, beträgt sie heute nur noch höchstens 40 Prozent. Hierdurch erscheint nun die Leistung pro Kopf der Gesamtbelegschaft stark verringert, und für den Laien ergibt sich ein total falsches Bild. Tatsache ist, daß die Stundenleistung der Hauer heute schon höher ist, als wie vor dem Kriege, und darauf kommt es an. Durch die Einführung der Achtstundenschicht für die Uebertagsarbeiter mußte auch die Belegschaft über Tage dementsprechend vermehrt werden, so daß prozentual gerechnet, über Tage mehr Leute eingestellt wurden wie unter Tage. Dieser Teil der Neueinstellten trägt aber nicht zur Steigerung der Kohlenproduktion bei. Die Einstellung großer Massen von Arbeitern unter Tage allein genügt also nicht, wenn nicht auch innerhalb der Belegschaft unter Tage die notwendige Umstellung stattfindet. Es muß erste Sorge der Verwaltung sein, die Zahl der produktiven Arbeiter zu der Zahl der unproduktiven wieder in ein Verhältnis zu bringen, wie es vor dem Kriege bestand.

Die technische Kommission, die von der Regierung eingesetzt wurde, um alle Möglichkeiten, die zur Hebung der Produktion führen könnten, zu prüfen, hat sich auch mit der Frage befaßt, wie man schnell ungelernete Arbeiter zu Lehrhauern und dadurch wiederum Lehrhauer zu Hauern ausbilden könnte. Hieraus entwickelte sich auch der Gedanke, Lehrkameradschaften zu bilden. Wir haben nun aber zu verzeichnen, daß diesen Lehrkameradschaften von beiden Seiten, von Verwaltungen und Arbeitern, nicht die nötige Beachtung geschenkt wird. Wir werden aber kein Pfund Kohle mehr fördern, wenn nicht mehr Arbeiter ausgebildet werden, die „vor Kohle“ beschäftigt werden können. Zu diesem Zwecke sollten also die Lehrkameradschaften bald eingeführt werden, wenn sie einen Zweck haben sollen.

Auch sonstige Neuerungen in technischer Hinsicht unter Tage sind fast gar nicht zu verzeichnen. Mit den Kohlenbohrmaschinen sind bis jetzt nur gute Erfahrungen gemacht worden. Es wäre eine große Erleichterung für die Bergarbeiter, wenn sie in allen Gruben sobald wie möglich eingeführt werden würden. Dadurch würde nicht nur an Arbeitszeit und Arbeitskraft gespart, sondern, und das ist eine wesentliche Verbesserung, durch die Konstruktion der Maschine ist auch jede Staubentwicklung beim Bohren ausgeschlossen. Obwohl diese Bohrmaschine gegen alle anderen bisher bekannten Kohlenbohrmaschinen große wesentliche Verbesserungen aufweist, wird ihre Einführung im ganzen Bergbau noch ziemlich lange auf sich warten lassen, weil die Verwaltungen allen Neuerungen skeptisch gegenüberstehen.

Kurz auch ein paar Worte zu den Klagen der Betriebsräte. Die Mehrzahl unserer Gruben ist gar nicht auf eine größere Förderung eingerichtet. Besonders sind sie nicht darauf eingerichtet, in der Siebenstundenschicht die gleiche Menge von Kohlen herauszufördern, wie in der 8 1/2-Stundenschicht. Die Einstellung der Zechen für die längere Arbeitszeit fehlt. Die Unternehmer haben gehofft, daß die Siebenstundenschicht eine vorübergehende Erscheinung sei, und deshalb die Einstellung oder Umstellung der Förderung auf 7 Stunden unterlassen. Nur ein Beispiel dafür:

Auf vielen Zechen haben wir sogenannte Rutschbetriebe. Diese bestehen aus Stößen von 50 bis 100 Meter Höhe, je nach der Dicke der Flöze. Es war immer so eingerichtet, daß die eine Schicht die Kohle wegnahm, die andere Schicht die Rutschen umbaute und den durch die Gewinnung der Kohle frei gewordenen Raum mit Stein ausfüllte. Nur durch eine solche Arbeitsteilung konnte eine Höchstleistung herausgeholt werden. Mit Einführung der Siebenstundenschicht mußte dementsprechend auch die Höhe dieser Kohlenstöße herabgesetzt werden, um ein rentables Arbeiten zu ermöglichen. Das ist aber auf allen Schachtanlagen aus den angeführten Gründen unterblieben. Noch schlimmer sieht es mit den Einrichtungen bei der Förderung aus. Es fehlt auf einer großen Anzahl von Schachtanlagen das Allernotwendigste, z. B. Aufstellgeleise, selbsttätige Aufschlebevorrichtungen usw. Ebenso herrscht auch heute noch auf vielen Schachtanlagen Luft- und Wagenmangel. Sodann wird auch der Beschaffenheit der Förderwagen nicht die genügende Aufmerksamkeit geschenkt. Die Wagen werden von Jahr zu Jahr größer und schwerer. Unsere heutigen Schlepper haben aber am meisten an Unterernährung gelitten. So daß ihre Kräfte und ihr Gesundheitszustand viel zu wünschen übrig lassen. Dem mühte viel mehr Rechnung getragen werden, indem man durch Einbauen von Kugellagern das Fortbewegen der Wagen erleichterte. Aber das kostet Geld, während ja ungelernete Arbeiter genug zu haben sind.

Nun zur Sozialisierungsfrage. Wie oft hat man den Bergarbeitern schon die Sozialisierung des Bergbaues versprochen? Und was ist von diesen Versprechungen gehalten worden? Im April 1919 hieß es in einem Flugblatt, das vom Reichsministerium unterzeichnet war, „Die Sozialisierung ist da! Das Kohlenfundikat wird sofort sozialisiert!“ Jetzt sind genau 2 Jahre seit der Herausgabe des Flugblattes vergangen; aber von der Sozialisierung und der deutschen Gemeinwirtschaft hört und sieht man nichts mehr. Alle Maßnahmen der Regierung laufen darauf hinaus, die am 8. und 9. November 1918 zusammengebrochene Herrschaft des Kapitals wieder neu aufzubauen. Und diese Regierung glaubt nun, von den Bergarbeitern noch Vertrauen erwarten zu können.

Woher nimmt nun die Regierung die Kraft, gegen den Willen der Arbeiter eine solche Politik zu betreiben? Erstens aus der Erkenntnis, daß die Arbeiter unter sich uneinig sind. Hoffen wir, daß trotz alledem die Vernunft sich durchsetzen und das gesamte Proletariat sich im entscheidenden Augenblick zusammenfinden wird. Zweitens hilft die Regierung sich auf die Ar-

beitsgemeinschaft. Solange die Arbeiter in Arbeitsgemeinschaften mit Unternehmern zusammenschließen wird keine Regierung glauben, daß dieselben Arbeiter eines energischen Kampfes für ihre Forderungen, die den Forderungen der Arbeitgeber direkt entgegenstehen, wagen werden. Die Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmern lähmen den Kampfesgeist der Arbeiterschaft außerordentlich. Durch die Arbeitsgemeinschaften wird der verderbliche Glaube bei den Arbeitern erweckt, als wenn sich die Klassengegensätze auf diesem Wege aus der Welt schaffen ließen. Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern zu pflegen, und zu gleicher Zeit Kampf für die Durchführung des Sozialismus zu predigen, läßt sich nicht vereinigen. Da es für den Sozialisten aber nichts anderes geben kann als Kampf bis zur Umstellung der heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung in eine sozialistische, so muß, weil uns die Arbeitsgemeinschaft aus den vorhergenannten Gründen diesen Kampf erschwert und verflüssigt, die Arbeitsgemeinschaft aufgegeben werden, und zwar je eher je besser.

Innerhalb der Gewerkschaften ist mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die Frage der Sozialisierung endlich aus den Beratungsstufen herauskommt und, wenn nötig, auch vor den schärfsten Mitteln nicht zurückgeschreckt wird, um die Regierung zu zwingen, ihre Versprechungen einzulösen. Soll der Kampf nicht unnötig erschwert werden, so muß er bald und so energisch wie nur eben möglich, aufgenommen werden.

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein.

## Zum Nachdenken

Der Prozeß gegen die Magdeburger Kommunisten, die an einer „geheimen“ militärischen Organisation teilgenommen haben sollen, hat mit einer Beurteilung geendet. Dreizehn Arbeiter wandern auf längere Zeit ins Gefängnis. Der Berichtserstatter unseres Magdeburger Parteiblattes, der den Verhandlungen beiwohnte, hat folgende Momentebilder ausgenommen, die allen Arbeitern Gelegenheit zum Nachdenken geben sollten.

### Die Schadel — leere Stuben

Die ganze Sache war ein Stückchen Revolutionstomantik, harmlos aufgefacht selbst vom Oberpräsidenten Hüring. Die kommunistischen „Revolutionäre“ kamen einige Male zusammen und erzählten sich gegenseitig abenteuerliche Sachen. Den Spielern, bei denen durch den Lockspiegel Roth etwas durchgeföhrt war, standen die Haare zu Berge. Aber schon bei der Verhaftung zeigte sich die geistige Größe unserer Helden. Der Untersuchungsrichter rüde hüßlich den Stuhl zurück, bei einer eckigen Havanna an — und der Widerstand unserer Kommunisten gegen diese direkten Stützen des Klassenstaats war überwunden. Sie plauderten nun das Blaue vom Himmel herunter und drehten sich damit selbst den Strick, an dem man sie gestern hing. Auch der Umstand, daß es möglich war, daß der Lockspiegel Roth sich am 12. Januar bei der kommunistischen Partei organisierte und schon am 19. Januar an einer ganz internen Sitzung teilnehmen konnte, deren Ergebnis er anderntags der Polizei verraten hat, wirkt ein großes Licht auf Geist und Verfallung der kommunistischen Partei.

### Der Bataillons-Kommandeur

Dieser ist ein Exemplar für sich. Jakob heißt er und wurde von der kommunistischen „Obersten Heeresleitung“ zum Bataillons-Kommandeur für die Urmarsch ernannt. Dieser ging nun in die Versammlungen und erzählte Märchen von kommenden Taten. Selbstverständlich mußte er als Bataillons-Kommandeur dem Untersuchungsrichter am meisten erzählen. Immer an der Spitze! Er ist auch der einzige, der in der Verhandlung diese Aussagen aufrecht erhielt. Seine ganze Größe zeigte sich aber, als sich das Gericht zur Beratung zurückzog. Er wäre vielleicht gern an der Spitze seiner Armee gestorben (vor Angst natürlich), aber für seine Ueberzeugung ins Gefängnis wandern, nein! So hat er denn weinend um Freisprechung, da er ja nur von den noch größeren Führern verführt sei!

### Schlussbetrachtung

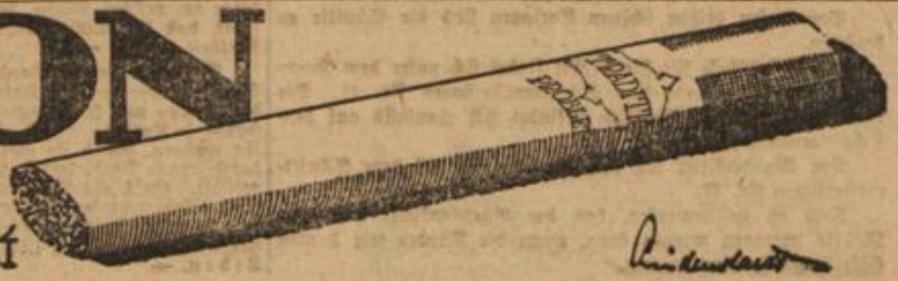
Der Ausgang dieses Prozesses sollte aber endlich dem letzten Arbeiter klarmachen, daß es so nicht weiter geht. Jakob hat recht, auch er ist ein Opfer derjenigen, die das ganze Ding aufgezogen haben. Um ihre Leute bei der Stange zu halten, muß allerlei Revolutionspielerei gemacht werden. Bei der Spaltung der „Schlappen“ U. S. P. D. haben diese „Führer“ ihren Mitläufern Taten versprochen; eine Tat liegt wieder vor: 13 Arbeiter wandern auf Monate in das Gefängnis. Das ist aber nicht das Schlimmste, denn damit muß die revolutionäre Arbeiterschaft rechnen. Das Schlimmste ist, daß die revolutionäre Bewegung bei solchem Blödsinn erstickt wird. „Mit der Politik ist Schluss!“ sagten einige der Beurteilten beim Hinausgehen. Sie wandern zurück in das große Heer der Indifferenten. Dieser Erfolg der Kommunisten reicht sich würdig den andern Erfolgen an. Richter und Jünger aber verlieren beim Anblick solcher Kammererfalten den letzten Rest der Achtung vor der modernen Arbeiterbewegung.

Verhaftung eines kommunistischen Redakteurs. Nach einer Uff. Tel.-Meldung aus Essen wurde Redakteur Werner vom kommunistischen „Ruhredner“ verhaftet unter dem Verdachte, Flugblätter hergestellt zu haben, durch die zum Generalstreik aufgerufen wird.

Französische Justiz. Der Führer der Kommunisten in Wiesbaden, Stadterordneter Greis, ist wegen Verteilung von Flugblättern von der französischen Behörde verhaftet und gefesselt abgeführt worden.

# TRADITION PROBLEM

Garantiert erste Qualität



Handwritten signature or mark.